Deng-Hsiao-ping - ein kapitalistischer Machthaber

Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 50 vom 10. Dezember 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

2 Millionen Arbeitslose bis 1980?

Stillhalten sichert keine Arbeitsplätze

Noch im Dezember wird die offizielle Zahl der Arbeitslosen sehr wahrscheinlich wieder die Millionengrenze überschreiten. Das gab Stingl, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, vor kurzem gegenüber der bürgerlichen Presse bekannt. Er fügte noch die schon reichlich abgegriffene Floskel hinzu, für das kommende Jahr habe man sich jedoch „auf eine allgemeine Besserung der Arbeitsmarktlage eingestellt" (schließlich müssen die Herren ja im arbeitenden Volk Illusionen über die Perspektiven des Kapitalismus schüren). In einem internen Kreis von Kapitalisten zeigte Stingl jedoch wenige Tage später eine völlig andere Perspektive auf: Falls nicht ein tiefgehender Umschwung in der Entwicklung der Wirtschaft eintrete, müsse bis 1980 mit zwei Millionen Arbeitslosen gerechnet werden. Über diese Voraussage Stingls berichteten bezeichnenderweise nur Zeitungen wie das „Handelsblatt", die praktisch nur in bürgerlichen Kreisen gelesen werden.

Über eine Million Arbeitslose in diesem Winter, in den kommenden Jahren möglicherweise bereits zwei Millionen. Zahlen, die für die Werktätigen alarmierend sind. Dabei beschönigen diese Zahlen sogar noch die Verhältnisse, denn die bürgerliche Statistik sagt nicht die Wahrheit. Sie läßt z. B. diejenigen Jugendlichen unberücksichtigt, die direkt nach dem Schulabgang in das Arbeitslosenheer gestoßen werden, weil sie weder einen Ausbildungs- noch einen Arbeitsplatz erhalten. Ihre Zahl liegt weit über Hunderttausend. Ebenso ignoriert die Statistik auch diejenigen Kollegen, die bereits aus dem Zuständigkeitsbereich der Arbeitsämter gestrichen sind und zu Fällen für die Sozialfürsorge degradiert wurden, weil sie schon zu lange arbeitslos sind. Auch jene Frauen, die es aufgegeben haben, sich noch Hoffnungen auf eine Arbeitsstelle zu machen oder ausländische Kollegen, denen aus irgendwelchen Gründen die Arbeitserlaubnis entzogen wurde, fehlen in der Statistik. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen liegt also auch heute schon beträchtlich über der Millionengrenze. Würde man noch die mindestens 700 000 ausländischen Kollegen hinzurechnen, die vom Staat einfach aus dem Land gejagt wurden, nachdem sie ihren Arbeitsplatz verloren hatten, so hätten wir bereits heute ein Arbeitslosenheer von annähernd zwei Millionen.

Seit bald einem Jahr trommelt die bürgerliche Presse nun schon von dem angeblichen Aufschwung, in dem sich „unsere" Wirtschaft befinde. Aber wem nützt dieser „Aufschwung", für den wir immer zum „Maßhalten", zur Bejahung von „konjunkturgerechten Tarifabschlüssen" (sprich: Abbau des Reallohns) aufgerufen werden? Es ist ein Aufschwung für die Profite der Monopolkapitalisten, der auf unserem Rücken, durch Abbau unseres Lebensstandards, durch die Verschärfung der Arbeitshetze und die Verschlechterung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen zustande kam. Die Versprechungen, der Aufschwung würde uns von dem schweren Druck der Arbeitslosigkeit befreien oder wenigstens diesen Druck spürbar abschwächen, haben sich als Betrug entpuppt. Die Arbeitsplätze sind nicht sicherer geworden. Das riesige Arbeitslosenheer wurde nicht in nennenswertem Maß verringert, vielmehr droht es künftig noch größer zu werden als in den vergangenen zwei Jahren.

Zynisch schreibt der sogenannte „Sachverständigenrat" in seinem ‚wirtschaftswissenschaftlichen' Gutachten: der Aufschwung werde sich im kommenden Jahr zwar fortsetzen, jedoch sei ein Abbau der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten. Aber gleichzeitig pochen diese Wirtschaftsforschungsinstitute (auch die „fünf Weisen" genannt) auf die „Notwendigkeit maßvoller Lohnerhöhungen" in den jetzigen Tarifrunden. Ansonsten bestehe die Gefahr, daß es mit den Arbeitsplätzen noch schlechter komme. Das sind die typischen „Weisheiten" der Kapitalisten. Wenn wir nicht noch mehr Lohnverzicht leisten — droht man uns —, müßten wir noch mehr

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

Polizei zu Brokdorf: In Zukunft noch brutaler



Aus nächster Nähe werden Demonstranten von Wasserwerfern mit Tränengasgemisch beschossen (siehe den Bericht auf Seite 5).

Stahltarifrunde

5,4%-Provokation der Kapitalisten

Die Stahlkapitalisten und der arbeiterfeindliche IG Metall-Apparat sind offenbar entschlossen, ihren schon lange geplanten Lohnraubabschluß für die 220 000 Arbeiter der Stahlindustrie in NRW und Bremen so schnell wie möglich über die Bühne zu bringen. Schon die für den 7. Dezember angesetzte Verhandlungsrunde kann unter Umständen die letzte sein.

Nachdem die Stahlkapitalisten mit ihrem „Angebot" von 5% und einem zusätzlichen Urlaubstag bereits eine unverschämte Provokation gegen die Stahlarbeiter losgelassen hatten, erhöhten sie innerhalb einer Woche dieses „Angebot" um ganze lächerliche 0,4%, was eine nicht minder große Provokation darstellt. Zugleich steigerten sie den Druck auf die Arbeiter und Angestellten und nutzten die Angst vieler Kollegen davor, ihre Arbeitsplätze zu verlieren, durch Kurzarbeit noch mehr Lohn einzubüßen, zu neuen Erpressungen, um die Arbeiter und kleinen Angestellten vom gerechtfertigten Kampf um höhere Löhne abzuhalten.

So kündigten die Hoesch-Kapitalisten gerade in diesen Tagen eine neue Kurzarbeitsperiode für die Zeit vom 24. Januar bis zum 6. Februar an. Auch die Bosse von Thyssen und Krupp gaben bekannt, daß sie beabsichtigen, große Teile ihrer Werke zwischen Weihnachten und Neujahr stillzulegen. Selbstverständlich hängt die jetzt von den Kapitalisten angekündigte Kurzarbeit nicht unmittelbar mit der Stahltarifrunde zusammen. Die Pläne, mit Hilfe von Kurzarbeit die Lasten der Krise noch mehr auf die Schultern der Arbeiter und kleinen Angestellten abzuwälzen, haben schon lange bestanden. Die Tatsache allerdings, daß sie gerade jetzt bekanntgegeben werden, hat kein anderes Ziel, als die Kollegen einzuschüchtern, ihnen einzuhämmern: „Seid maßvoll in euren Lohnforderungen, erhebt euch vor allem nicht zum Kampf, sonst könnte es noch viel schlimmer kommen!"

Selbstverständlich treiben die Stahlkapitalisten diese Manöver in vollem Einverständnis mit dem reaktionären, arbeiterfeindlichen Apparat der IG Metall. Die Bonzen, die schon mit der Aufstellung der 8,5%-Forderung die Interessen der Stahlarbeiter und ihrer Familien verraten hatten, gingen nach dem provokativen „Angebot" der Kapitalisten dazu über, den Lohnraub offen anzukündigen. Der IG Metall-Oberbonze Herb gab in einem Zeitungsinterview bekannt, daß die IG Metall keinem Abschluß zustimmen werde, bei dem nicht mindestens eine „6" vor dem Komma er-

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

Die 'Sozialistische Internationale'

Vortrupp des Imperialismus gegen die Revolution

Vom 26. bis zum 28. November hat in Genf ein Kongreß der „Sozialistischen Internationale" stattgefunden, auf dem Willy Brandt, der Vorsitzende der SPD, zum Präsidenten gewählt wurde. In ihren Resolutionen und Reden haben sich die dort versammelten sozialdemokratischen Parteien als Freunde der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker hinzustellen versucht. Betrachtet man aber den Kreis der Versammelten genauer, ihre Konzepte und Taten, so wird schnell klar, daß die „Sozialistische Internationale" nichts anderes als ein durch und durch reaktionärer Vortrupp des Imperialismus ist.

Die „Sozialistische Internationale" von heute beruft sich demagogisch auf die Traditionen der von Marx gegründeten I. Internationale. In Wirklichkeit stehen sie aber in der Tradition der „II. Internationale" früherer Zeiten, die in die Geschichte einging als Vereinigung von Lakaien des Imperialismus, als Bande von Verrätern und Todfeinden der Revolution und der Arbeiterklasse, die den Marxismus im Munde führte, ihn raffiniert entstellte und verfälschte, seines revolutionären Inhalts beraubte, um die Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie auszusöhnen und sie vom revolutionären Kampf für den Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems abzuhalten. Unter der Losung der „Vaterlandsverteidigung" riefen die Parteien der II. Internationale die Arbeiterklasse während des 1. imperialistischen Weltkrieges auf, „ihre eigene Bourgeoisie zu unterstützen." Als sich das Proletariat nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland, Ungarn und anderen Ländern zur sozialistischen Revolution erhob, waren sie der letzte Rettungsanker der bedrohten Herrschaft des Kapitals. Sie begnügten sich nicht mit raffinierten Losungen über den friedlichen Weg zum Sozialismus, sondern stellten auch selbst die Sturmtruppen gegen das revolutionäre Proletariat und seine Führer. Die Eberts, Scheidemanns und Noskes ließen die revolutionären Arbeiter blutig niedermetzeln, auf ihr Konto geht der abscheuliche Mord an den Führern der deutschen Arbeiterklasse, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Heute sind viele der sozialdemokratischen Parteien längst zu offenen Parteien des Monopolkapitals geworden. Die britische Labour-Partei, die SPD, die Sozialdemokraten Schwedens und andere haben sich

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

AUS DEM INHALT

Ergebnis der letzten Gipfelkonferenz: EWG will Ausplünderung der Werktätigen erhöhen 2
Die „Sozialistische Internationale" — Vortrupp des Imperialismus gegen die Revolution 2
Abrüstungsvorschläge des Warschauer Pakts: Nebelwand der Kriegsrüstungen 3
In der DDR erlebt. 3
Schlußfolgerung der Polizei aus dem Einsatz in Brokdorf: in Zukunft noch brutaler 5
VDS-Aktionstage — keine Lösung für die Probleme der Studenten 5
Grußadresse des ZK der KPD/ML zur Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei Dänemarks 6
Interview mit der KP der Philippinen, Teil 2: „Im Meer des Volkskrieges wird die Marcos-Clique ertrinken!" . . 7

Ergebnis der letzten Gipfelkonferenz

EWG will Ausplünderung der Werktätigen erhöhen

Verstärkte Ausbeutung der Werktätigen in der EWG sowie weitere Ausplünderung der rohstoffreichen unterdrückten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas – das soll das Ergebnis des Gipfeltreffens der Regierungschefs der EWG-Länder sein, das in der letzten Woche in Den Haag stattfand. Auf dem Treffen, das wie die vorherigen der letzten zwei Jahre gekennzeichnet war von den Folgen der schweren wirtschaftlichen Krise, die alle kapitalistischen Länder erfaßt hat, wurde die Lage in der EWG erörtert sowie das weitere gemeinsame Vorgehen festgelegt.

Breiten Raum in der Debatte der neun Regierungschefs nahm die wirtschaftliche Entwicklung der EWG und ihrer Mitgliedsländer ein. Während sich die bürgerlichen Propagandaorgane in den verschiedenen Ländern zumeist große Mühe geben, eine rosige Zukunft zu malen, um die wachsende Empörung unter den Werktätigen zu beruhigen, wurde hier ganz offen übereinstimmend erklärt, daß sich im kommenden Jahr die Krise auf dem Gebiet der Währung, der Finanzen und der Wirtschaft verschärfen wird.

Insbesondere Kanzler Schmidt als Vertreter der westdeutschen Imperialisten, die in der EWG weitgehend die Führung an sich gerissen haben, war es, der angesichts dieser Erwartungen die anderen Regierungschefs anfeuerte und drohend ermahnte, in noch stärkerem Maße die Folgen der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, um auf diese Weise die Profite des Kapitals zu stabilisieren. Sparprogramme auf Kosten der Werktätigen, Lohnraubabschlüsse, Steuererhöhungen und Preissteigerungen sollen die Mittel sein, mit denen die westeuropäischen Monopolbourgeoisien die Ausbeutung der Werktätigen noch mehr verschärfen wollen. Dabei hat sich die Lage der westeuropäischen Werktätigen schon in den letzten Jahren stark verschlechtert: So sind z. B. in Italien die Lebenshaltungskosten seit 1970 um 200% gestiegen; in Frankreich hat sich der Brotpreis z. B. gegenüber 1970 um 78% erhöht und in der Bundesrepublik verteuerten sich die Agrarpreise im Geschäftsjahr 75/76 um 17%.

Diese ungeheure Steigerung der Ausplünderungspolitik im Rahmen der EWG zeigt, daß es bei diesem Zusammenschluß entgegen der „Europa-Propaganda" nicht um die Stärkung der Völkerfreundschaft geht, sondern allein um einen Zusammenschluß des Monopolkapitals, um gemeinsam die Werktätigen Europas stärker auszubeuten und zu unterdrücken. Es ist ein Zusammenschluß gegen die Lebensinteressen der westeuropäischen Werktätigen.

Die frostige Atmosphäre, die auf dem Gipfeltreffen in Den Haag herrschte, zeigte aber auch, daß es neben diesen gemeinsamen Interessen der westeuropäischen Imperialisten auch zunehmend Spannungen und Widersprüche zwischen ihnen gibt. Besonders die schwächeren imperialistischen Länder der EWG wie Dänemark, die Niederlande oder Belgien geraten in den letzten Monaten zunehmend in Widerspruch zu den stärkeren imperialistischen Ländern, vor allem auch den westdeutschen Imperialisten, die im Rahmen der EWG die Lasten der Krise den kleineren Ländern aufzubürden und sie zu ihrem Freimarkt zu machen versuchen. Entgegen den Beschwörungen von der „Partnerschaft", der gegenseitigen „Unterstützung" und „Hilfe", herrscht in der EWG tatsächlich das Gesetz des Dschungels, das Diktat des Größeren gegenüber dem Kleineren. Und auch hier sind es, wie es schon der Kasernenhofton von Kanzler Schmidt auf dem Gipfeltreffen offenbarte, die westdeutschen Imperialisten, die auf der einen Seite mit wirtschaftlichen und politischen Sanktionen, mit der Peitsche drohen und andererseits mit Zuckerbrotkrediten, um die EWG gemäß ihren Profit- und Machtinteressen auszurichten.

Als reaktionärer Block der westeuropäischen Monopolbourgeoisie unter der zunehmenden Führung der westdeutschen Imperialisten spielt die EWG als Großmacht neben den beiden imperialistischen Supermächten USA und Sowjetunion auch gegenüber den unterdrückten Völkern und Nationen in der Welt eine üble Rolle als Ausbeuter und Plünderer. So forderte Kanzler Schmidt, daß die EWG gegen die angekündigte gerechte Erdölpreiserhöhung verschiedener Entwicklungsländer mit Erpressung und Druck reagieren und mit der Streichung von Entwicklungshilfegeldern drohen sollte. Nach längerer Debatte stimmten ihm die anderen Regierungsvertreter zu. Auch hier zeigt sich die besonders reaktionäre Rolle des westdeutschen Imperialismus, zeigen sich seine hegemonistischen Ambitionen, mit Hilfe der EWG und an der Seite des US-Imperialismus die unterdrückten Völker und Nationen unter dem imperialistischen Joch zu halten. Die Haltung der EWG gegenüber diesen unterdrückten Völkern und Nationen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ist die von Imperialisten, sie ist ein Feind der unterdrückten Völker und Nationen, der die imperialistische Ausplünderungspolitik aufrechterhalten und vertiefen will.

Die EWG – das hat das Gipfeltreffen der neun Regierungschefs der westeuropäischen Imperialisten erneut gezeigt, ist ein Instrument der Monopolbourgeoisie, das von der Arbeiterklasse und den Werktätigen der Länder Westeuropas gemeinsam mit den unterdrückten Völkern und Nationen bekämpft und zerschlagen werden muß.

Die 'Sozialistische Internationale'

Vortrupp des Imperialismus gegen die Revolution

Fortsetzung von Seite 1

längst des letzten Rests marxistischen Vokabulars entledigt. Sie stellen Regierungschefs, Minister und sogar Staatspräsidenten. Sie plündern die Arbeiterklasse aus, verhängen Streikverbote und treiben die Faschisierung voran, wie die SPD. Im Interesse der Monopolbourgeoisie ihrer Länder betreiben sie eine Politik der neokolonialen Ausplünderung und Unterdrückung der Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika und unterstützen die reaktionären faschistischen Regimes in vielen Teilen der Welt.

Da, wo der Klassenkampf des Proletariats großen Umfang angenommen hat, wo sich die werktätigen Massen offen zum Kampf gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker erheben, sowie in den unterdrückten Nationen entfalten die sozialdemokratischen Parteien eine raffinierte antikapitalistische und antiimperialistische Demagogie, um die Massen vom revolutionären Kampf gegen Ausbeuter und Unterdrücker abzuhalten. In Italien, Frankreich, Spanien und Portugal z. B. arbeiten die sozialdemokratischen Parteien offen mit den modernen Revisionisten zusammen, um die werktätigen Massen zu betrügen, ihre Kämpfe zu spalten, zu sabotieren und niederzuhalten.

Es ist klar, daß die Parteien der „Sozialistischen Internationale" keinen einheitlichen und geschlossenen Block bilden können. Jede von ihnen vertritt schließlich die Interessen ihrer Monopolbourgeoisie und in unterschiedlichem Maß auch die des amerikanischen Imperialismus. Zwischen ihnen gilt das Gesetz der Stärke. Die großen Parteien versuchen die kleinen unter ihre Kontrolle zu bringen und ihnen ihren Willen aufzuzwingen. Sie alle aber stehen im Dienst des Imperialismus, sind erbitterte Feinde der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker. Das hat auch der gerade beendete Kongreß deutlich gezeigt.

Schon in seiner Eröffnungsrede erklärte Willy Brandt, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, an dem die „Sozialistische Internationale" in die Offensive gehen müßte. Damit meinte er hauptsächlich die Offensive gegenüber den Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Lateinamerika, und alle gemeinsam betonten in ihrer Schlußresolution: „Die einzige Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus ist Sozialismus." Ganz abgesehen davon, daß es einfach zynisch ist, wenn die Häupter kapitalistischer Regierungen in einer Resolution den Kapitalismus „verdammen", ist diese Losung darauf berechnet, den Kampf der Arbeiterklasse und vor allem den revolutionären Befreiungskampf der Völker gegen den Imperialismus zu unterhöhlen und zu sabotieren. Angeblich, so wird behauptet, soll es einen Mittelweg zwischen imperialistischer Unterdrückung und Unterjochung und der Revolution, die von den marxistisch-leninistischen Parteien geführt wird, geben. In Wirklichkeit gibt es jedoch diesen Mittelweg nicht, die Propaganda dafür dient lediglich der Entwaffnung der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker. Mit solchen Parolen und der damit verbundenen Praxis dienen die Parteien der „Sozialistischen Internationale" zugleich dem amerikanischen Imperialismus in seinem Kampf mit der anderen Supermacht, dem russischen Sozialimperialismus.

So war es in Portugal, wo die amerikanischen Imperialisten riesige Summen, die über die Parteien der „Sozialistischen Internationale" weitergeleitet wurden, für die Unterstützung Soares aufwendeten, um einerseits die revolutionäre Bewegung der Massen zu unterdrücken, andererseits aber auch den Einfluß der revisionistischen Partei Cunhals zurückzudrängen.

Für die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen in Europa, für die vom Imperialismus unterdrückten Völker und Nationen bedeutet die angekündigte Offensive der „Sozialistischen Internationale" nichts Gutes. Die sozialdemokratischen Parteien versuchen ihre Tätigkeit zu koordinieren, um im Dienst des internationalen Monopolkapitals, den Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen zu unterdrücken. Ihre Tätigkeit ist darauf gerichtet, dem Imperialismus neue Möglichkeiten zu schaffen, die unterdrückten Völker auszuplündern und unter seinem Joch zu halten. Deshalb müssen ihre konterrevolutionären Losungen und ihre konterrevolutionäre Politik entschieden bekämpft werden.

Offen gesagt ...

antikommunistisch!

Biermann, Biermann und noch einmal Biermann – ob im Fernsehen oder im Zeitungswald der Bourgeoisie, er fand überall bei der Kapitalistenklasse Unterstützung. Und auch die Opportunisten, ob nun die Gruppe Rote Fahne, der „Kommunistische" Bund Nord oder andere, waren sogleich mit Aufrufen für Biermann dabei. Unsere Partei, die KPD/ML, hat dagegen klar ihren Standpunkt geäußert: Einen Revisionisten wie Biermann unterstützen wir nicht.

„Ja, der ist doch aber in der DDR in Opposition, der ist doch gegen Honecker? Ihr sagt doch, ihr wollt das Regime dort stürzen, warum unterstützt ihr ihn dann nicht?" – so fielen die Opportunisten über uns her. Nur weil jemand in einer gewissen Opposition ist, unterstützen wir ihn noch lange nicht. Strauß ist auch in Opposition zu Honecker, trotzdem unterstützen wir diesen äußerst reaktionären Vertreter des Monopolkapitals nicht.

Biermann selbst macht gar keinen Hehl daraus, daß er im Grunde gar nicht gegen das mit sozialistischen Phrasen getarnte kapitalistische System in der DDR ist. Die Differenzen zwischen ihm und der Honecker-Clique beruhen nur darauf, daß er wie die Revisionisten in Frankreich, Italien und Spanien, die Marchais, Berlinguer und Carillo in einigen Punkten andere Vorstellungen hat. Doch die Herrschaft der Arbeiterklasse, den Sturz der Kapitalistenherrschaft wollen sie alle nicht. Feinde bleiben sowohl die einen wie die anderen – und wenn sie sich noch so sehr in die Haare kriegen. Warum also sollte man den einen von beiden auch noch unterstützen?

Die Gruppe Rote Fahne aber, die ihre opportunistische Politik auch noch mit dem Namen KPD belegt, ist da anderer Meinung. Sie sagt, man müsse sich mit dem Biermann verbünden. Uns werfen sie vor, wir seien eben „unfähig zu irgendeiner Bündnis- und Einheitsfrontpolitik". Und wie schlechte Schauspieler klagen sie über unsere Haltung zu Biermann theatralisch: „Man wendet sich mit Schaudern ab."

Aber sehen wir einmal, wo sich denn diese Leute, die sich Kommunisten nennen, eigentlich hinwenden, wenn sie zur „Einheitsfront" und zum „Bündnis mit Biermann" aufrufen. Ein Beispiel wollen wir dafür anführen: Biermanns Hetzlied „In China, hinter der Mauer". Dieses Lied zeigt deutlich, daß Biermann wie die SED-Revisionisten ein Feind des Kommunismus, ein Feind der Herrschaft der Arbeiterklasse, ein Feind des Genossen Mao Tsetung und der Volksrepublik China ist. In dem Lied heißt es z. B.: „Wo glotzt des Führers Fratze, wo dich an in jedem Drecksbüro, in Kneipen, Straßen und im Zoo und lächelt süßlichsauer? Sein Photo findest du en gros in jeder Zeitung sowieso und darum auch auf jedem Klo in China, in China, in China hinter der Mauer. Wo herrscht die Inquisition, der Revolution zum Hohn auf mittelalterlichem Thron? Den weisen, greisen Volkspapa, wo preist man ihn und sein ZK, das immer seiner Meinung war? In China, in China, in China hinter der Mauer."

Biermanns Haltung zur Herrschaft der Arbeiterklasse, zum Sozialismus unterscheidet sich von der Hetze der Sozialfaschisten in nichts. Während das rote China Mao Tsetungs für ihn die „Inquisition der Revolution" ist, sind die Honecker und Stoph mit ihrem sozialfaschistischen Regime für ihn „Genossen".

Mit diesem Antikommunisten kann es keine Solidarität geben. Vielmehr muß man ihm die Maske der „Opposition" herunterreißen und sein wahres Gesicht zeigen. Den Marxismus-Leninismus und den Genossen Mao Tsetung verteidigen oder sich mit dem von der Bourgeoisie so geschätzten Antikommunisten Biermann verbünden – so steht die Frage. Wovon sich die Gruppe Rote Fahne „mit Schaudern abwendet" und wo sie sich hingewandt hat, daran läßt sie keinen Zweifel.

Kurz berichtet

KIEL/HAMBURG

Auf Vorschlag des KSB/ML hat die Vollversammlung der Universität Kiel am 25. 11. eine Solidaritätsresolution für den Genossen Bernd Woitalla angenommen. In der von ca. 400 Studenten gegen die Stimmen der modernen Revisionisten angenommenen Resolution heißt es u. a.: „Die Anwesenden der Uni-Vollversammlung verurteilen den brutalen Polizeieinsatz in Brokdorf auf das Schärfste. Sie erklären ihre volle Solidarität mit Bernd Woitalla, der beispielhaft und mutig gekämpft hat, und hoffen, daß er bald wieder gesund wird. Ihre Solidarität gilt gleichzeitig allen Verletzten sowie denen, die wegen ihres Kampfes in Brokdorf vor die Klassenjustiz gezerrt werden sollen." Auch die 3 000 Studenten auf der Vollversammlung der Universität Hamburg drückten in einer Resolution ihre Solidarität mit dem Genossen Bernd Woitalla aus.

STUTTGART

Am 24. 11. hatte die ROTE GARDE Stuttgart zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Jugend im Sozialismus" eingeladen. Infolge der guten Vorbereitung kamen insgesamt 28 Jugendliche, davon viele, die zum erstenmal eine Veranstaltung der ROTEN GARDE besuchten.

SINGEN

Mehr als 30 Freunde und Genossen besuchten in Singen die Veranstaltung der KPD/ML zum 7. Parteitag der PAA und zum 35. Jahrestag ihrer Gründung. Nach der Rede der Partei, die von den Zuhörern begeistert aufgenommen wurde, folgte ein Diavortrag, den Genossen, die in diesem Jahr in Albanien waren, zusammengestellt hatten. Eine Tombola ergab 101,00 DM Spende für die Partei. Im Anschluß daran verlasen Genossen der Föderation Iranischer Studenten eine Resolution, die sich gegen die drohende Abschiebung des iranischen Studenten Reza Mohadjer richtet. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Genossen versteigerten dann noch ein Bild von Enver Hoxha. Der Betrag von 62 DM wurde der FIS übergeben.

BREMEN

Am 1. Dezember waren in Bremen im Landheim Tulpe über 40 Freunde und Genossen der KPD/ML und der ROTEN GARDE zusammengekommen, um den am nächsten Tag bevorstehenden Prozeß gegen den kommunistischen Lehrer Jürgen Janz vorzubereiten. In den Reden der Partei und der ROTEN GARDE wurde bekräftigt, daß wir das Berufsverbot gegen den Genossen Jürgen verhindern können, wenn wir mutig dem Klassenfeind gegenübertreten und weiterhin an der revolutionären Linie der Partei festhalten, auf der wir im bisherigen Kampf gegen Jürgens Berufsverbot der Bourgeoisie bereits große Schlappen beibringen konnten. Am Ende der Versammlung dankte Jürgen den Freunden und Genossen und sagte: „Morgen stehe ich zum ersten Mal vor der Klassenjustiz. Diese Versammlung gibt mir den Mut, die revolutionäre Linie der KPD/ML gegenüber unserem Klassenfeind zu verteidigen." Die Parole für den Prozeß war klar: Wir werden den Prozeß zu einem Bumerang machen, die Bourgeoisie wird durch unsere Unerschrockenheit eine weitere Niederlage erleiden. Jürgen Janz muß Lehrer bleiben! Im Verlauf der Versammlung wurden 100,70 DM für die Partei gesammelt.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Abrüstungsvorschläge des Warschauer Pakts

Nebelwand zur Tarnung der Kriegsrüstungen

Vor kurzem hat in Bukarest eine Gipfelkonferenz der Staaten des aggressiven Warschauer Pakts stattgefunden. Breschnew versammelte seine Vasallen, und am Ende ihrer Konferenz kamen sie mit einer pompösen Deklaration heraus, deren angebliches Ziel die „Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung, in erster Linie auf nuklearem Gebiet" sein soll, um, wie sie behaupten, die „Gefahr eines Weltkrieges" zu „beseitigen".

Die Deklaration, die sich an die Teilnehmer der „Europäischen Unsicherheitskonferenz" von Helsinki richtet, enthält zugleich eine Unmenge von Vorschlägen über konkrete Vereinbarungen, die angeblich getroffen werden könnten, um den Frieden in der Welt zu sichern. Alles, was die sowjetischen Sozialimperialisten im Laufe der Jahre in irgendeinem internationalen Gremium, auf einer der zahllosen Konferenzen usw. aufgetischt haben, bringen sie hier erneut ins Spiel. Sie haben sogar zusätzlich einige neue Vorschläge ausgebrütet. Was steckt aber in Wahrheit hinter diesem ganzen Rummel über „Abrüstung", „Entspannung" usw., der ja nicht nur von den sowjetischen Sozialimperialisten, sondern auch von der anderen imperialistischen Supermacht, dem amerikanischen Imperialismus, aufgeführt wird?

Nur Bluffs und Lügen ...

Tatsache ist jedenfalls, daß sich heute in den Arsenalen der beiden imperialistischen Supermächte und der von ihnen beherrschten aggressiven Militärblöcke Nato und Warschauer Pakt das größte Potential an Massenvernichtungswaffen angesammelt hat, das die Menschheit je gekannt hat. Tatsache ist weiter, daß die amerikanischen Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten beständig an der Perfektionierung ihrer Waffensysteme gearbeitet haben und weiter arbeiten. In all den vergangenen Jahren ist die Aufrüstung, ist das Wettrüsten zwischen den beiden imperialistischen Supermächten wahnwitzig vorangetrieben worden, und es wird in schnellem Tempo weiter vorangetrieben. Heute erreichen die Militärausgaben der kapitalistischen und revisionistischen Länder etwa 300 Mrd. Dollar pro Jahr, während die kriegführenden kapitalistischen Staaten während des zweiten Weltkrieges insgesamt nur 925 Mrd. Dollar ausgegeben haben. Allein 60% der gesamten Weltrüstungsausgaben fallen derzeit auf die beiden imperialistischen Supermächte. Sie haben 6,5 Millionen Mann unter Waffen, verfügen zusammen über etwa 52 000 Panzer, 4 100 strategische Raketen, 600 strategische Flugzeuge, 400 größere Kriegsschiffe, 15 Flugzeugträger usw. usf.

Die beiden Supermächte unterhalten Militärstützpunkte in zahlreichen Ländern der Welt, Zigtausende ihrer Soldaten stehen auf fremden Territorien und halten sie besetzt, ihre Flotten kreuzen auf den Weltmeeren, und sie schießen einen Satelliten nach dem anderen in den Himmel, um für Abenteuer und Aggressionen bestens gerüstet zu sein. Ganz zu schweigen von den Atombomben, chemischen und bakteriologischen Waffen, die sie aufgehäuft haben. Zugleich haben die beiden Supermächte überall auf der Welt ihren Druck auf die Völker verstärkt, um sie unter ihr Diktat zu zwingen und ihrem Willen zu unterwerfen. Sie haben zahlreiche Aggressionen verübt und mischen sich überall ein, wie die Ereignisse im Nahen Osten, im Libanon, in Angola und anderswo zeigen.

Die beiden imperialistischen Supermächte sind die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker, sie sind die Hauptkriegstreiber in der heutigen Welt, die sich darauf vorbereiten, einen neuen Weltkrieg anzuzetteln, um, jede für sich, die Welt zu beherrschen und alle Völker zu unterdrücken und zu versklaven.

Die ganze Zeit über aber haben die beiden imperialistischen Supermächte ihre Kriegsvorbereitungen mit einer riesigen Propagandakampagne begleitet, in der sie den Völkern „Frieden", „Entspannung", „Abrüstung" und ähnliches versprachen. Es begann mit dem Revisionisten Chruschtschow, der die Losung von einer „Welt ohne Waffen" ausgab und der Menschheit ein „Zeitalter der Entspannung" ankündigte. Vor zehn Jahren wurde der berüchtigte Atomwaffensperrvertrag zwischen den Supermächten ausgehandelt, mit dem sie sich das Atommonopol sichern wollten. Bald gab es kein einziges internationales Forum mehr, auf dem nicht eine der beiden Supermächte oder beide zusammen den einen oder anderen „Vorschlag" machten, wie angeblich der Frieden auf der Welt bewahrt werden könnte. Zahllose Treffen und Konferenzen zwischen den beiden Supermächten und anderen kapitalistischen und revisionistischen Staaten sind in den vergangenen Jahren abgehalten worden. Einige von ihnen, wie die SALT-Verhandlungen und die Abrüstungskonferenz in Wien, dauern heute noch an. Die amerikanischen Imperialisten und sowjetischen Sozialimperialisten haben auch einige Verträge miteinander abgeschlossen, von denen sie behaupten, durch sie werde das Wettrüsten eingedämmt. Aber alle diese Verträge betrafen entweder veraltete Waffensysteme, während sich die USA und die Sowjetunion gleichzeitig auf die Entwicklung neuer, noch schrecklicherer Waffen stürzten, oder sie hatten zum Ziel, die Überlegenheit der beiden Supermächte, ihren Vorsprung gegenüber dem Rest der Welt zu zementieren und weiter auszubauen, um noch besser Druck ausüben und Erpressungen durchsetzen zu können. Was sie für elende Heuchler sind, zeigt schon allein die Tatsache, daß sie überhaupt nicht daran denken, den Vorschlag, alle Atomwaffen sofort zu vernichten, der z. B. mehrmals von der VR China gemacht wurde, auch nur in Erwägung zu ziehen.

Schließlich haben die beiden imperialistischen Supermächte im vergangenen Jahr die „Konferenz von Helsinki" einberufen, die sie nach Kräften als „historische Etappe auf dem Weg der Entspannung in Europa" hinzustellen versuchten. Nichts hat sich aber seitdem geändert, weder wurde der „Friede sicherer", noch wurde das Wettrüsten eingedämmt.

„Die Welt", sagte Genosse Enver Hoxha in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 7. Parteitag der PAA, **„hat nie eine derartige Diversion und eine derartige Propaganda- und Diplomatiekampagne wie die erlebt, die die Imperialisten und Sozialimperialisten heute unternehmen, wobei es ihr Ziel ist, die Hegemonie- und Expansionspolitik der Supermächte zu beschönigen, die Aggressionen zu rechtfertigen und die Kriegsvorbereitungen zu tarnen. Im Osten wie im Westen behaupten die imperialistischen und sozialimperialistischen leitenden Kreise, die Menschheit befinde sich in einer Situation der ‚Entspannung', der ‚kalte Krieg' und die zwischen den Supermächten drohende Konfrontation wichen der ‚Detente', der friedlichen Koexistenz, der ‚internationalen Eintracht', der ‚allgemeinen Sicherheit' usw., die Gefahren seien vorbei und die Wolken des Krieges und der Katastrophen hätten sich zerteilt. Mit diesen bombastischen Losungen wollen die Supermächte, die internationale Bourgeoisie und Reaktion die Völker betrügen, ihren Widerstand schwächen und die imperialistische Kontrolle und Herrschaft errichten."**

Die pazifistischen Parolen sind nichts als Lügen, um den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus, gegen die drohende Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges zu unterhöhlen und zu sabotieren und gefährliche Illusionen zu schaffen, Defätismus und Pessimismus zu wekken und den Eindruck zu vermitteln, als ob der Frieden in der Welt gerade von den gefährlichsten Kriegstreibern, den größten Ausbeutern und Unterdrückern, die die Menschheit jemals gekannt hat, abhängt. Keinen anderen Sinn haben auch die demagogischen Vorschläge, die die sowjetischen Sozialimperialisten im Namen des Warschauer Pakts in Bukarest veröffentlicht haben.

Imperialismus bedeutet Krieg

Die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten, insbesondere die zwischen den beiden Supermächten, um Einflußsphären, Märkte und Rohstoffquellen, muß notwendigerweise zum Krieg zwischen ihnen um die Neuaufteilung der Welt führen. So ist es zum ersten und auch zum zweiten Weltkrieg gekommen und so wird es, wenn der revolutionäre Kampf der Völker es nicht verhindert, auch zum dritten Weltkrieg kommen, der ein ungerechter, imperialistischer Krieg um die Weltherrschaft zwischen dem amerikanischen Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus, ihren Vasallen und Verbündeten sein wird. Niemals wird der Imperialismus friedlich, niemals wird eine Supermacht darauf verzichten, der anderen mit allen Mitteln ihre Einflußsphären streitig zu machen. Sie rüsten zum Krieg gegeneinander, weil dies in der Natur des Imperialismus liegt; die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges ist eine reale Gefahr, die alle Völker bedroht. Deshalb werden der Imperialismus und der Sozialimperialismus niemals aus freien Stücken abrüsten, sie denken gar nicht daran. **Die ständige Aufrüstung ist eine Existenzbedingung des Imperialismus und Sozialimperialismus. Es wird sie geben, solange die imperialistischen und sozialimperialistischen Staaten nicht vernichtet sind.**

Die Wahrung des Friedens kann man nicht den größten Feinden der Menschheit, dem Imperialismus und Sozialimperialismus anvertrauen. Das hieße, sich selbst das Grab schaufeln.

Der Krieg kann nur durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen, den revolutionären und Befreiungskampf der Völker verhindert werden, durch die allseitige und umfassende Schwächung des Imperialismus und Sozialimperialismus in diesem Kampf und seinem schließlichen Sturz durch die Revolution. Einen anderen Weg gibt es nicht. Sollte der Krieg dennoch ausbrechen, so ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker, ihn in einen Befreiungskampf zu verwandeln, um das menschenmordende Ausbeutersystem des Imperialismus ein für allemal vom Erdboden zu tilgen.

Der amerikanische Imperialismus und der russische Sozialimperialismus und die von ihnen geführten Blöcke scheinen stark und unüberwindlich zu sein, aber in Wirklichkeit stehen sie auf tönernen Füßen. Bekanntlich haben die Völker Indochinas der gewaltigen Militärmaschinerie des USA-Imperialismus einen vernichtenden Schlag versetzt. Ihr Beispiel zeigt, daß es nicht der Imperialismus ist, der das Heft in der Hand hat. Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution und der Sieg des Sozialismus.

In der DDR erlebt ...

In einer kleinen Kreisstadt bei Leipzig stand eines Morgens diese Parole an der Kaufhalle: „Freitags kein Brot und montags kein Bier – lieber Erich, wir danken Dir!" Dies sprach sich auf allen Dörfern der Umgebung sofort herum.

\+ + +

Eine Köchin in der DDR erzählte, daß sie in einer Großküche arbeitet und für mehrere Betriebe kocht. Die fertig gekochten Gerichte werden von einem Lastwagen abgeholt und zu den einzelnen Betrieben gefahren. Als letztes wird der Kindergarten beliefert. Wenn das Mittagessen dort ankommt, fehlen meist die Eier zum Spinat, die Pflaumen zum Quark oder das Apfelmus zum Nachtisch usw.

Obwohl die Köchin das mehrfach gemeldet hat, läßt sich „leider" niemals klären, wo die andere Hälfte des Mittagessens hingekommen ist. Einmal machte sie sich dann selber auf die Socken, um herauszufinden, wo die hartgekochten Eier zum Spinat hingekommen sind. Von einem Betrieb erfuhr sie dann, daß die dort aus Versehen angekommenen Eier als Hühnerfutter verwendet worden waren, weil man „nichts mit so vielen Eiern anfangen konnte."

Wir wollten mit unseren Verwandten ein Fest feiern und fuhren in die Stadt zum Einkaufen. Auf unserem Zettel stand: Kaffeesahne, Salamiwurst, Salzgebäck. Wir gingen in das Geschäft, wo eine zukünftige Verwandte (SED-Funktionärin) Ladenleiterin war. Es gab nichts von dem Gewünschten zu kaufen. Trotzdem verließen wir das Geschäft mit den Sachen. Unsere Tasche war hinter dem Ladentisch gefüllt worden.

* * *

Der Sohn von Bekannten war wegen eines kriminellen Delikts mit 1 1/2 Jahren Jugendgefängnis bestraft worden. Die Eltern traten daraufhin in die SED ein, ihr Sohn wurde frühzeitig entlassen.

Spendet
zur Unterstützung des Aufbaus der
KPD/ML, Sektion DDR
Spendenkonto:
Vorstand der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PschKto. 6 420-467, PschA Dtm.
Stichwort:
KPD/ML, Sektion DDR

Korrespondenzen aus der DDR

Palast der Republik - "Haus des Volkes"

Mit viel Aufwand, mit hohen Kosten und einer enormen Materialverschwendung hat die SED den „Palast der Republik" gebaut.

Um die Kritik der Arbeiter von vornherein zu unterbinden, wurde oft genug behauptet, daß der Palast ein „Haus des Volkes" sei und sich jeder Bürger dort wohlfühlen könnte.

Mehrere Monate Praxis nach der Übergabe des Palastes zeigen jedoch die Wahrheit:

Bei jedem größeren Höhepunkt, der zu den unterschiedlichsten Anlässen von der SED-Spitze organisiert wird, wird das „Haus des Volkes" ohne große Vorankündigung meist für mehrere Tage geschlossen und hermetisch für die SED-Spitze abgeriegelt. Das „Haus des Volkes" zeigt sich in Wahrheit als ein Haus, das vom Geld der Arbeiter erbaut wurde, aber von der SED-Spitze bzw. von den SED-Funktionären in Beschlag genommen wird.

Was nützt es, wenn verkaufte Eintrittskarten zurückgenommen werden. Beim Arbeiter und seiner Familie bleibt das Bewußtsein, daß es nicht um ihn und seine Interessen geht, sondern um die Privilegien der Parteispitze.

Arbeiter streiken

Kürzlich habe ich durch einen Bekannten, der vor einiger Zeit in der DDR zu Besuch war, von einem Streik in einem Betrieb erfahren. An einem Donnerstag hatten sich dort die Arbeiter geweigert, die Arbeit aufzunehmen. Der Grund: Kurz zuvor war bekannt geworden, daß offenbar aufgrund irgendeiner Schlamperei kein Geld für die Lohnauszahlung da war. Erst nachdem ihnen zugesichert worden war, daß sie wenigstens 100 Mark von ihrem Lohn bekommen sollten, haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Auch die sozialfaschistische Diktatur der neuen revisionistischen Bourgeoisie kann nicht verhindern, daß die Arbeiter der DDR in den Kampf treten, um ihre Lebenslage zu verteidigen.

RADIO TIRANA

14-tägig erscheinendes aktuelles Nachrichtenbulletin des einzigen sozialistischen Senders in Europa

Im Jahresabonnement nur noch DM 26.-
im Halbjahresabonnement DM 13.-
Das Einzelheft nur noch DM 1.-
Probeexemplar anfordern!
Abonnenten erhalten kostenlos 2 mal im Jahr ein halbjährliches Gesamtinhaltsverzeichnis; für Einzelbesteller DM 1.-

Geschenkabonnement

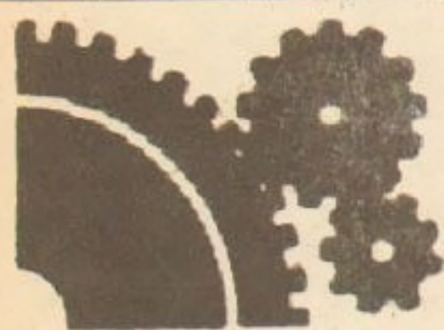


An Rotfront-Verlag
Postfach 3746
23 Kiel 1

Vom 1. 1. 77 bis zum 31. 12. 77 soll RADIO TIRANA, Ausgewählte Sendungen an folgende Adresse geschickt werden:

Name ....
Straße ....
Postleitzahl/Ort ....
Die Überweisung erfolgt durch:
Name ....
Postleitzahl/Ort ....

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Den "ehrwürdigen Namen" der Firma beleidigt

Vor kurzem wurde ich aus einer norddeutschen Metallfabrik entlassen. Wegen „nachhaltiger Störung des Betriebsfriedens" und „persönlicher Beleidigung der Geschäftsleitung". Und zwar mit Zustimmung des gesamten Betriebsrats.

Kollegen hatten in ihren Abteilungen einen Artikel über den Betrieb aus dem „Roten Morgen" verbreitet. Als ein Meister dies mitbekam, wurde ich verhört und mehrmals im Werk versetzt. Durch Isolation und nervraubende Arbeit wollten sie mich fertigmachen. Jedoch half mir ein älterer Geselle bei der Arbeit, wenn der Meister nicht in der Nähe war. Spontan kamen Lehrlinge zu mir, waren empört über die Versetzung und wollten Genaueres über den Sozialismus wissen.

Aber als die Herren merkten, sie erreichen das Gegenteil von dem, was sie wollten, schmissen sie mich raus, bevor die Unruhe zu groß wurde. Behilflich dabei war der Betriebsrat. Zunächst meinte einer zu einem Lehrling, er solle ihm den Artikel aus dem „Roten Morgen" besorgen. Je besser sie Bescheid wüßten, desto besser könnten sie mir helfen. Außerdem wollten sie etwas gegen den einen Meister unternehmen. Doch ihr wahres Bild zeigte sich bei der Entlassung. Gerade derjenige, der doch soviel gegen den Meister unternehmen wollte, erklärte dem Chef: „Man kann Ihnen wirklich nicht zumuten, solche Leute weiter zu beschäftigen, die den ehrwürdigen Namen der Firma beleidigen." Der Vorsitzende des Betriebsrates sprach mir erst gut zu, als er jedoch nichts erreichte, wurde er sauer: „Ich denke, bei den Maoisten lernst du, Leute zu überzeugen. Hier hast du aber wohl keinen Mut mehr, deine Meinung kundzutun." Und anbiedernd zum Chef: „Uns bezeichnen sie ja als Arbeiterverräter." Der nächste Betriebsrat forderte den Chef auf, die Zeugen aus dem Werk zu holen. „Er sagt uns ja doch nicht das, was uns interessiert." Aber das Denunziantenpack holten sie lieber nicht, diese Leute gebrauchen sie noch. Schnell wurde sich diese Bande über meine Entlassung einig. Und den Zeitpunkt hatten sie sich günstig ausgesucht: Feierabend war durch und Wochenende.

Als die Kollegen dies erfuhren, waren sie ganz schön sauer: „Politische Entlassung. Hier ist es ja fast so wie in der DDR." Ein Kollege aus meinem Lehrjahr: „Ich hatte ja schon vorher etwas gegen den Betriebsrat. Aber denen werde ich jetzt nie mehr vertrauen." Am Montag erschien ich in der Fabrik. Einige Kollegen hörten auf zu arbeiten und unterhielten sich mit mir. Das war einem Betriebsrat zu viel. Erst versuchte er den Betriebsrat ins rechte Licht zu rücken. Ich entlarvte aber ihr schändliches Vorgehen. Da wollte er auf mich losgehen. Aber er hat nicht mit den Kollegen gerechnet, die nahmen ihn gleich fest in Gewahrsam.

"Streik" bei KWU

Vor einiger Zeit machte der sogenannte Streik bei der KWU in Mülheim für den Bau von Atomkraftwerken Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse. Den Kapitalisten und dem Gewerkschaftsapparat, die diesen „Streik" gemeinsam inszenierten, gelang es allerdings nur mit Lug und Betrug und teilweise offenem Druck, die Kollegen auf die Straße zu bringen. Schon seit langem hatten vor allem die Betriebsräte aktive Propaganda gemacht, um die Kollegen einzuschüchtern und gegen die Atomkraftwerksgegner aufzuhetzen. Auch die Kapitalisten behaupteten immer wieder, wenn das Atomkraftwerk in Brokdorf nicht gebaut werde, drohe unweigerlich Kurzarbeit und sogar Entlassungen seien nicht auszuschließen. Wie hinterhältig diese Einschüchterungs- und Spaltungsmanöver waren, zeigt die Tatsache, daß schon längst Pläne für Rationalisierungsmaßnahmen bestehen, die sofort in Kraft treten sollen, wenn das Atomkraftwerk gebaut wird. Die Pläne sehen eine Steigerung der Arbeitshetze und „Einsparungen" von Kollegen vor. Als der „Streik" dann endlich durchgeführt wurde, sind Kollegen, die sich eben zur Pause in eine Ecke setzen wollten, von den Meistern angefahren worden: „Nichts Pause, los raus. Streiken!" Viele Kollegen waren unwillig. Sie waren nach der ganzen Sache noch empörter, weil offensichtlich wurde, daß sie von den Gewerkschaftsbonzen gezwungen wurden, gegen ihre Klasseninteressen zu handeln. Auf umso größeres Interesse stieß ein Flugblatt der Partei, in dem die Demagogie und die hinterhältigen Methoden des Gewerkschaftsapparates angeprangert wurden.

Kumpanei gegen die Kumpels

Auf der letzten Betriebsversammlung auf der Zeche Gneisenau verkündete der Oberbonze Köhler ganz stolz, daß jetzt endlich eine neue Bushaltestelle gebaut wird und daß dies den Bemühungen des Betriebsrats zu verdanken sei. Welch eine Errungenschaft! Jetzt, in der kalten Jahreszeit, wird die beheizte Wartehalle abgerissen und die Kumpels müssen im Freien bis zu 20 Minuten auf den Bus warten. Und das mit nassen Haaren, denn auf Gneisenau gibt es keinen einzigen Föhn zum Haaretrocknen – in den Kauen der Kumpels wenigstens nicht. Dazu kommt, daß seit einigen Tagen die Gänge hinter der Schwarzkaue, die Treppe und die Weißkaue fürchterlich kalt sind, anscheinend werden wieder mal Heizkosten gespart. Besonders schlimm ist es, wenn es regnet. Die Kumpels, die nachts nach Hause fahren, steigen dann klitschnaß in den Bus. Früher hielten die Busse direkt vor der Wartehalle, heute müssen die Kumpels von der Bretterbude, die direkt neben der Kantine steht, zu ihren Bussen laufen. Oder sie sind gezwungen, sich in einer Kneipe aufzuwärmen, wenn so spät noch geöffnet ist. Es ist eine Unverschämtheit, wenn der Betriebsrat, nachdem die Kumpels schon seit Jahren eine neue Haltestelle fordern, weil sie es satt haben, hinten im Hof immer im Schlamm herumzuwaten, jetzt diese Baustelle als Kampferfolg herausputzt.

Lehrlingsausbeutung

Kürzlich traf ich einen Gartenbaulehrling, der mir folgendes erzählte. Nach dem Abschluß der Schule mußte er zum Bund. Zwischen Schule und Bund arbeitete er einige Monate als Hilfsarbeiter in der gleichen Gartenbaufirma, in der er später als Lehrling anfing. Damals als Hilfsarbeiter verdiente er ca. 1 500 DM im Monat. Jetzt als Lehrling verdient er zusammen mit den Überstunden ca. 450 DM. Und das, obwohl er haargenau die gleiche Arbeit wie damals als Hilfsarbeiter macht! Die Differenz von ca. 1 000 DM spart der Chef ein. Gibt es ein deutlicheres Beispiel für die Ausbeutung der Lehrlinge durch ihre Lehrherrn?

Stillhalten sichert keine Arbeitsplätze

Fortsetzung von Seite 1

Arbeitslose in Kauf nehmen. **Das zeigt deutlich: Die Behauptung, wenn es den Kapitalisten besser geht, wenn ihre Profite steigen, dann bessere sich auch die Lage von uns Arbeitern und kleinen Angestellten, ist ein Märchen. Der gegenwärtige „Aufschwung", für dessen Fortführung wir jetzt wieder bluten sollen, ist gekennzeichnet durch die zunehmende Verelendung innerhalb der Reihen der Werktätigen, durch Verschlechterung der Lebenslage des Proletariats einerseits und Steigerung der Profite des Kapitals auf der anderen Seite.**

Für einen Arbeiter oder kleinen Angestellten ist es ein schwerer Schlag, wenn er seinen Arbeitsplatz verliert und keine Stelle mehr findet. Schwere Einschränkungen sind meist unvermeidlich. Nicht wenige Familien, deren Ernährer arbeitslos werden, geraten in eine finanziell verzweifelte Situation, weil noch Raten abbezahlt werden müssen, weil die Mietkosten zu hoch werden usw. Viele Werktätige haben deshalb eine ziemlich große Angst davor, arbeitslos zu werden. Die Kapitalisten nutzen diese Angst skrupellos aus, um die Werktätigen einzuschüchtern, sie zu zwingen, noch mehr zu schuften, und um sie zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Sie schüren zynisch die Konkurrenz um die Arbeitsplätze und versuchen die Solidarität unter den Proletariern zu zerstören. **Den deutschen Arbeitern sagen sie: „Die Ausländer sind die Schuldigen, sie nehmen euch die Arbeitsplätze weg." So versuchen sie erstens davon abzulenken, daß ihre Profitgier und das kapitalistische Ausbeutungssystem die wirkliche Ursache der Arbeitslosigkeit bilden, und zweitens gleichzeitig die gemeinsame Kampffront zwischen deutschen und ausländischen Kollegen zu spalten. Die DGB-Bonzen unterstützen diese widerliche Hetze gegen die ausländischen Kollegen hintenherum, indem sie Aufforderungen an die Regierung richten, den Zuzug von ausländischen Arbeitern zu unterbinden. Als ob es nicht die Kapitalisten, die Bank- und Konzernherren wären, die die Arbeitsplätze wegrationalisieren, Produktionsstätten stillegen und die Werktätigen aus purem Profitstreben auf die Straße werfen.**

Auf ähnliche Weise versuchen die Kapitalisten auch andere Teile des arbeitenden Volkes gegeneinander auszuspielen. So hetzten sie zum Beispiel unter den Arbeitern der Kraftwerksindustrie: „Die Kernkraftwerksgegner von Brokdorf und Wyhl bedrohen eure Arbeitsplätze."

Alles das zielt darauf ab, daß die Werktätigen sich nicht mehr gegen die Angriffe auf ihre Interessen, gegen die brutale Ausbeutung und Unterdrückung wehren, daß sie sich widerstandslos alles gefallen lassen sollen, aus Angst, durch ihren Kampf, durch die Verteidigung ihrer Interessen gegen das Kapital, würden die Arbeitsplätze noch mehr gefährdet.

Warum gelingt es den Kapitalisten zum Teil noch, mit dieser Demagogie und Einschüchterungstaktik etwas zu erreichen? Das liegt daran, daß in der Arbeiterklasse noch nicht genügend Klarheit darüber herrscht, daß sich die Interessen von Lohnarbeit und Kapital absolut unversöhnlich gegenüberstehen. Die Grundlage unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung besteht darin, daß die Arbeiter gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen und für die Profite dieser Schmarotzer zu schuften. Jedes Unternehmen will einen Profit aus den Arbeitern herausholen, der so hoch als irgend möglich ist. Ein Unternehmen, das hierin mit den anderen nicht mithält, wird von der Konkurrenz ruiniert und geschluckt. Die sogenannte „wirtschaftliche Vernunft" im Kapitalismus läuft letztlich immer wieder auf den einen Punkt hinaus: die Profite müssen möglichst hoch sein, müssen noch mehr gesteigert werden. **Rücksicht auf die Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft zu nehmen, ist deshalb praktisch gleichbedeutend damit, daß man die Verschärfung der Arbeitshetze, die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, den Lohnabbau, die Vernachlässigung der Arbeitssicherheit usw. für „notwendig" erklärt, kurz: daß man die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten und deren Verschärfung unterstützt. Vom Standpunkt der Arbeiter ist das jedoch Wahnsinn. Es kann eben zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten keine gemeinsamen Interessen geben.**

Für die Arbeiter und kleinen Angestellten kann Verteidigung und Durchsetzung ihrer eigenen Interessen nur heißen: rücksichtsloser Kampf gegen die Kapitalisten, kompromißloser Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem. Umso größer die Einheit unter den Ausgebeuteten und Unterdrückten im Sinne des kompromißlosen Kampfes gegen das Kapital ist, umso bewußter und geschlossener sie eine Front des revolutionären Klassenkampfs gegen die Kapitalistenklasse bilden, umso größer ist ihre Stärke und umso erfolgreicher können sie sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gegen die Angriffe der Kapitalisten zur Wehr setzen.

Nur durch die Stärkung ihrer Einheit und Geschlossenheit auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes kann die Arbeiterklasse in größerem Maße als bisher Angriffe des Kapitals auf die Arbeitsplätze, Stillegungen, Massenentlassungen, Rationalisierungsmaßnahmen verhindern. **Um diese Einheit zu verstärken, ist es unerläßlich, diejenigen sogenannten „Arbeitervertreter" aus unserer Kampffront schonungslos zu verjagen, sie als Feinde und Agenten der Kapitalisten zu durchschauen und zu bekämpfen, die in irgendeiner Form die Klassenversöhnung, die Rücksichtnahme auf die Belange dieser Wirtschaft, die Erhaltung oder Schonung dieser Gesellschaftsordnung, die Rücksichtnahme auf „Rentabilität", „Stabilität", „Investitionsbereitschaft" usw. predigen oder uns sonst in irgendeiner Form einreden wollen, daß uns mit dem Kapitalismus gemeinsame Interessen verbinden. Das ist vor allem die D„K"P und der DGB-Apparat. Sie zersetzen unsere Kämpfe von innen heraus, zum einen, indem sie immer wieder im entscheidenden Moment den Kampf abwiegeln oder zu verhindern versuchen, zum anderen aber auch dadurch, daß sie die Ideologie der Klassenversöhnung, die Illusion über eine gemeinsame Interessenbasis zwischen Arbeit und Kapital verbreiten.**

Aber auch wenn die Arbeiterklasse den unversöhnlichen Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten noch machtvoll verstärkt und dabei zeitweilig Erfolge erringen kann und wird, zum Beispiel Entlassungen verhindern, die Zerstörung von Arbeitsplätzen aufhalten und die Lage der Arbeitslosen verbessern, so sind diese Erfolge doch nicht dauerhaft und eine grundlegende Verbesserung unserer Lage können wir dadurch nicht erreichen. Im Gegenteil: auf die Dauer wird sich die Lage des arbeitenden Volkes im Kapitalismus immer mehr verschlechtern und auch die Arbeitslosigkeit wird mit Sicherheit noch viel schlimmere Ausmaße annehmen. Das ergibt sich aus dem Ausbeutungsverhältnis und den inneren Gegensätzen des kapitalistischen Systems. Wenn Stingl jetzt schon von möglicherweise zwei Millionen Arbeitslosen bis 1980 spricht, so zeigt sich darin dieser Trend. **Deshalb muß die Arbeiterklasse über den Kampf für ihre Tagesinteressen hinaus den Kampf für die Zerschlagung des kapitalistischen Systems, den Kampf für den Sturz der Ausbeuterherrschaft der Kapitalistenklasse durch die gewaltsame sozialistische Revolution aufnehmen. Nur dadurch kann die Arbeitslosigkeit wirklich abgeschafft werden. Nur dadurch können wir uns wirklich vom Joch der Ausbeutung und der Lohnsklaverei befreien.**

5,4%-Provokation der Kapitalisten

Fortsetzung von Seite 1

scheine. Eine „6" vor dem Komma, so schamlos tritt der reaktionäre, arbeiterfeindliche Gewerkschaftsapparat die berechtigten Forderungen der Kollegen, die eine wirkliche Lohnerhöhung fordern, mit Füßen.

Die Stahlkapitalisten und der Gewerkschaftsapparat sind sich auch in einem anderen Punkt praktisch schon völlig einig geworden. Wie man hört, soll eine Erhöhung der stahltypischen Zuschläge erneut aufgeschoben werden und damit alles beim alten bleiben.

Aber trotz des Drucks auf die Kollegen, der Angst vor Arbeitslosigkeit und der Manöver des Gewerkschaftsapparates, wächst die Empörung unter den Arbeitern und kleinen Angestellten und sie sind in zunehmendem Maße bereit, den Kampf gegen die Kapitalisten aufzunehmen. Bei Thyssen in Duisburg, Oberhausen, Mülheim, Witten und Krefeld, bei Krupp in Bochum und Rheinhausen, bei der Klöcknerhütte in Bremen und in zahlreichen anderen Betrieben traten mehrere tausend Kollegen in Warnstreiks und führten Demonstrationen durch. Allerdings konnte die gewachsene Kampfbereitschaft nicht in einen harten Schlag gegen die Stahlkapitalisten verwandelt werden. Dafür sorgten der Gewerkschaftsapparat und die modernen Revisionisten, die alles taten, damit der Kampf nicht machtvoll aufbrandete. Sie waren es, die die Parole von den „Warnstreiks" ausgaben und dafür sorgten, daß sie in Bahnen verliefen, die für die Kapitalisten vollständig ungefährlich waren. Eine „verlängerte Kaffeepause", wie sie von den Bonzen z. B. bei Krupp in Rheinhausen durchgesetzt wurde, kann man natürlich nicht als ernsthaften Kampf gegen die Kapitalisten bezeichnen. In Witten rühmten sich die Gewerkschaftsbonzen sogar, die Arbeiter von einer Demonstration durch die Straßen der Stadt abgehalten zu haben, „weil sie nicht angemeldet gewesen sei".

Vor allem die modernen Revisionisten der D„K"P haben dem Kampf der Arbeiter die Spitze zu nehmen versucht, indem sie die Kollegen auf den Gewerkschaftsapparat und sein Verhandlungstheater orientierten. Sie setzten Entschließungen durch, in denen der Gewerkschaftsapparat gebeten wird, Kampfmaßnahmen einzuleiten, schickten die Kollegen vor die Gewerkschaftshäuser und Verhandlungsorte, „um der Tarifkommission den Rücken zu stärken" usw. **Mit diesen Manövern bezwecken sie, daß die Kollegen ihr ganzes Vertrauen in den Gewerkschaftsapparat setzen, bezwecken sie, den Kampf der Kollegen zu unterhöhlen und zu sabotieren, arbeiten sie den Kapitalisten in die Hände und helfen ihnen, den Lohnraubabschluß durchzusetzen.**

Nur dann, wenn sich die Arbeiter von allen Illusionen über den Gewerkschaftsapparat befreien, wenn sie den Kampf nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen die Verräter in den eigenen Reihen führen, sich im Kampf unversöhnlich zeigen und alle Formen der Klassenzusammenarbeit bekämpfen, nur dann können auch im Kampf für höhere Löhne Erfolge errungen werden.

Schlußfolgerungen der Polizei aus dem Einsatz in Brokdorf

In Zukunft noch brutaler

Die „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung" veröffentlichte am 1. 12. 76 Auszüge aus einem „Erfahrungs- und Verlaufsbericht" der Polizei über den Kampf in Brokdorf am 13. 11. 76. Dieser Bericht bestätigt, daß der Einsatz der Polizei – und des BGS – in Brokdorf bürgerkriegsmäßig geplant und durchgeführt wurde, und widerlegt gleichzeitig die systematisch von der bürgerlichen Presse in die Welt gesetzte Lüge, daß hier ein „harter Kern von gewalttätigen Extremisten" gegen die große Mehrheit von „friedfertigen Bürgern" stand.

Zuerst zum zweiten Punkt. Daß die Polizei genau wußte, daß der militante Kampf in Brokdorf nicht nur von einigen wenigen „Extremisten", sondern von breitesten Teilen der Bevölkerung getragen wurde, geht unter anderem aus folgenden Stellen des Berichts hervor:

> Als sich die Teilnehmer des Feldgottesdienstes der Baustelle näherten, gingen alle radikalen Gruppen zum Angriff über. Sie fanden Unterstützung bei den bis zu diesem Zeitpunkt friedlichen Umweltschützern, die den Radikalen halfen, Wurfgeschosse und andere Materialien in die vorderste Linie zu schaffen. Dabei ist nicht davor zurückgescheut worden, Bäume und Telefonmaste zu kappen oder Ställe mit Spitzhacken einzureißen oder abzudecken, um auf die Weise Wurfgeschosse zu erhalten.
>
> Mittlerweile waren am Einsatzort etwa 20 000 Demonstranten eingetroffen, etwa 1500 bildeten den harten Kern. Dieser wurde schätzungsweise von 2000 bis 3000 Helfern aus den Kreisen der Umweltschützer aktiv unterstützt. Viele der übrigen Teilnehmer klatschten demonstrativ Beifall; wenn Polizeibeamte von Wurfgeschossen getroffen wurden. Die Beobachter vernahmen keine Stimmen der Umweltschützer, die sich gegen das brutale Vorgehen wandten.
>
> Demonstranten, die offenbar nicht dem harten Kern angehörten, kippten einen zurückgelassenen VW-Kombi der Polizei um und setzten ihn in Brand, so daß Totalschaden entstand.

Wenn die bürgerliche Presse diese Tatsachen vollständig verdrehte, dann hat das zwei Gründe. Erstens dienen ihre Lügen dazu, die revolutionäre Gewalt als gegen die Interessen der Massen gerichtet zu diffamieren. Zweitens aber dienen sie auch dazu, zu vertuschen, daß der Polizeieinsatz weder als ein Einsatz gegen ein „Häuflein Extremisten" durchgeführt, noch geplant war. Er war bereits geplant als Bürgerkriegseinsatz. Und es ist gerade das brutale Vorgehen der Polizei gegen wehrlose, ungeschützte Teilnehmer der Demonstration, das heute von der Polizeiführung besonders gelobt wird, von der es heißt, daß es „weiterentwickelt" werden soll.

> Die Einsatzleitung entschloß sich, die letzten Bestände mit Hubschraubern im Flächenwurf auf die rückwärtigen Demonstrationsteilnehmer abzuwerfen. Diese Maßnahme war außerordentlich wirkungsvoll, denn die hier verweilenden Personen hatten keine besonderen Schutzmasken gegen Tränengas und lösten sich sofort auf.
>
> Dem Abwurf von Tränengaskörpern aus Hubschraubern in Fächerform auf rückwärtige Störer kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Die Einsatzform sollte weiterentwickelt werden.

Auch sonst kennt die Polizei bei der Auswertung ihres Einsatzes in Brokdorf keine Skrupel. Mit keinem einzigen Wort wird in dem Bericht auf die über 500 durch die Polizei Verletzten eingegangen, geschweige denn erwähnt, daß zwei der Demonstranten lebensgefährlich verletzt wurden. Im Gegenteil! Der Polizeibericht stellt bedauernd fest, daß die Wirkung des eingesetzten Gases „verhältnismäßig gering" war! Unter Punkt 6 (Einsatzerfahrungen) heißt es:

> **6. Einsatzerfahrungen**
> **6.1 Tränengaseinsatz**
> Obwohl innerhalb eines Zeitraumes von 7 Stunden von der Polizei 1523 Tränengaswurfkörper eingesetzt und aus den Wasserwerfern 500 l CN/Stammlösung versprüht wurden, war die Wirkung dieser Einsatzmittel doch verhältnismäßig gering.
>
> Tränengaswurfkörper sollten von der Polizei nicht einzeln geworfen werden, da die Schwelstellen von den Demonstranten leicht zu umgehen sind.
>
> **6.2 Wasserwerfereinsatz**
> Der konzentrierte Wasserwerfereinsatz kann als wirkungsvoll bezeichnet werden, wenn er aus nächster Nähe als Wasserstoß erfolgt. Wasserregen dagegen blieb wirkungslos. Die CN-Zumischung verflog sehr schnell. Eine nachhaltige Wirkung war nicht zu beobachten.

Zynischer geht es kaum noch! Während sich die Werktätigen über den brutalen Polizeieinsatz in Brokdorf empören, während einzelne bürgerliche Politiker scheinheilig gegen „einzelne Übergriffe" des Polizeieinsatzes polemisieren, existiert für die Polizei nur ein einziges Problem: bei ihren zukünftigen Einsätzen gegen Massendemonstrationen die Erfahrungen von Brokdorf zu berücksichtigen, um noch brutaler gegen die Werktätigen vorgehen zu können. Angesichts dieser Tatsache ist jede Illusion über den Charakter der Polizei gefährlich. Es ist ihre Aufgabe, die Interessen des Kapitals – in Brokdorf und überall – zu wahren. Sie ist eine Bürgerkriegstruppe des Kapitals. Da, wo sie zum Einsatz gegen die Kämpfe der Werktätigen kommt, ist die Anwendung der revolutionären Gewalt der Massen deshalb nicht nur gerecht, sondern notwendig.



Brokdorf: brutaler Hubschraubereinsatz gegen Demonstranten

VDS-Aktionstage

Keine Lösung für die Probleme der Studenten

An den Hochschulen wächst die Empörung der Studenten. Numerus clausus, überfüllte Hörsäle, Abbau des 2. Bildungsweges etwa über die Beschränkung der Übergangsmöglichkeiten von Fachhochschule zu Universität, Abbau der Studiengeldfreiheit über die Einführung von sogenannten „Ersatzgeldern", zu niedrige Bafög-Sätze usw. – alle diese Maßnahmen, die eine Folge der immer weiteren Kürzungen bei den Bildungsetats sind, werden seit geraumer Zeit von immer wieder neuen Aktionen der Studenten beantwortet.

Das gleiche gilt für das neue Hochschulrahmengesetz, das über ein neues „Ordnungsrecht" an den Hochschulen die angeblichen Stätten der „freien Bildung" in „preußische Studieranstalten" verwandeln soll, in denen jeder revolutionäre Kampf der Studenten scharf unterdrückt wird und das zudem die bisherigen Formen der Studentenvertretung abschaffen soll. Auch mit diesem Gesetz haben sich die Studenten, trotz der Taktik der Bourgeoisie, das Gesetz nach und nach und Stück für Stück durchzusetzen, nicht abgefunden und immer wieder dagegen protestiert – teilweise in Auseinandersetzungen mit der Polizei.

In dieser Situation finden auch in diesem Jahr wieder sogenannte „Aktionstage" des VDS (Verband Deutscher Studenten) statt. Aufgegriffen wurden Forderungen gegen das Hochschulrahmengesetz, die niedrigen Bafög-Sätze, die Ersatzgelder usw. VDS-Vertreter sprechen von einer „machtvollen Protestaktion". Aber ist sie das – trotz der teilweise sehr breiten Streikbeteiligung – tatsächlich? Schon ein Blick in die bürgerliche Presse muß mißtrauisch stimmen. Dort herrscht allgemeines Aufatmen. Man ist froh, „Ruhe" an den Hochschulen melden zu können, man ist froh, daß die Ziele der Aktionswoche keineswegs „das System der Hochschulen im Kern" betreffen. In der Tat haben die Aktionswochen des VDS das Ziel, den revolutionären Kampf der Studenten zu verhindern.

Die modernen Revisionisten, die Jusos und andere opportunistische Gruppierungen, die den VDS beherrschen, wollen den Kampf der Studenten zersplittern und propagieren in der einen oder anderen Form die „konstruktive Zusammenarbeit" mit dem Staat. So lassen sie z. B. die Losung „Weg mit dem Hochschulrahmengesetz!" immer mehr in den Hintergrund treten und sprechen stattdessen nur noch von seiner „Novellierung". Der kapitalistische Staat ist aber der direkte Gegner der Studenten. Denn er ist es, der als Instrument der Kapitalistenklasse die staatlichen Haushaltsprobleme auf dem Rücken der Studenten und zu Gunsten der Kapitalisten löst. Er ist es, der dem Kampf der Studenten für ihre berechtigten Interessen entgegen tritt – mit reaktionären Gesetzen und offener Gewalt. **In Westberlin hat die Polizei bereits Streikbrechern gewaltsam Zutritt in die Hörsäle verschafft.**

Wer den Kampf der Studenten nicht gegen den kapitalistischen Staat orientiert, sondern im Gegenteil Illusionen über ihn schürt, der sabotiert deshalb den Kampf der Studenten und wird sie niemals zu Erfolgen führen.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

"Rehabilitation" für Ausbeutung

Seit einiger Zeit bringen die Medien der Deutschen Bundesrepublik verstärkt Lobsänge auf unseren, ach so sozialen Staat, in dem sogar jeder Behinderte die Möglichkeit hätte, einen neuen Beruf zu erlernen, wenn er den alten nicht mehr ausüben kann.

Wenn man aber bei dieser „Arbeitsrehabilitation" einmal hinter die Kulissen sieht, dann erweist sie sich nur als gutes Renommee für die Bundesregierung; in Wirklichkeit zeigt sich gerade auf diesem Gebiet die ausschließliche Profitorientierung und Menschenverachtung des kapitalistischen Systems:

Die Kollegen, die durch Unfall, Berufskrankheit etc. zur Umschulung gezwungen sind, werden innerhalb von zwei Jahren unter erniedrigenden Bedingungen soweit zurechtgetrimmt, daß sie für den Rest ihres Lebens den Kapitalisten weiterhin den Profit in die Taschen arbeiten können.

Wie das konkret aussieht, möchte ich am Beispiel des „Berufsförderungswerkes (BFW) des Landes Niedersachsen in Bad Pyrmont" aufzeigen, in dem ca. 450 körperlich Behinderte in Berufe des grafischen Gewerbes, als Bürokaufleute und Verwaltungsangestellte umgeschult werden:

Das Internat liegt gleich neben der Werkstatt; die Hausordnung verbietet erwachsenen Familienvätern nach 22 Uhr, Besuch (auch von Verwandten) zu empfangen; die Pförtner führen ein „Schwarzes Buch" über Spätheimkehrer; wer über 20 Min. zu spät zum Ausbildungsbeginn erscheint, dem wird eine Doppelstunde (1 1/2 Std.) abgezogen; alles abgesehen von den vielen kleineren und größeren Schikanen, die einem seine völlige Rechtlosigkeit vor Augen führen; die Ghetto-Situation ist perfekt; mannigfaltige Unterdrückungsmaßnahmen versuchen jegliches Selbstbewußtsein der Kollegen zu untergraben.

Nachdem nun dieses „Werk" weder Betrieb noch Schule ist, gibt es auch weder Betriebsrat noch Schülervertretung. Der dennoch existierenden Rehabilitanten-Vertretung wird von Direktion und (dem dafür direkt zuständigen) Landessozialamt jegliche Kompetenz abgesprochen.

In letzter Zeit aber bewahrheitet sich auch hier der Satz: „Wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand!"

Die Umschüler bekommen jeden Monat – was nur recht und billig ist – vom Kostenträger der Umschulungsmaßnahme eine sogenannte „Familienheimfahrt" übers Wochenende finanziert. Nachdem dieses Jahr nun eine dieser Fahrten gestrichen werden sollte, zeigte sich die große Solidarität der Kollegen, die auf einer Vollversammlung im Juni mit fast 100% einen dreistündigen Warnstreik beschlossen und durchführten – ohne einen einzigen Streikbrecher! Nach einer von der Direktion verbotenen Pressekonferenz war die Aktion dann auch von Erfolg gekrönt. Nur versuchte die Direktion der Reha-Vertretung, wo immer es ging, Steine in den Weg zu legen. (Z. B. Verweigerung eines Raumes zum Abhalten der Sitzungen und Verbot, die Druckmaschinen zu benutzen). Trotzdem schlossen sich die Kollegen wieder zusammen und verfaßten Resolutionen, sammelten Unterschriften für Kollegen, die vom Rausschmiß bedroht waren bzw. denen Repressalien angedroht wurden.

Für den guten und richtigen Kurs, der nun eingeschlagen war, zeugt außerdem die Tatsache, daß eine D„K"P-Revisionistin, die offen den Kollegen in den Rükken gefallen war, indem sie einige bei der Direktion angeschwärzt hatte, auf Beschluß aus der Reha-Vertretung flog.

Während es nun hier darum geht, eine einigermaßen vernünftige Grundlage für die Reha-Arbeit zu erkämpfen, ist es Aufgabe der Partei und der revolutionären Kräfte am BFW, reformistische Illusionen, die natürlich noch in großem Maße vorhanden sind, abzubauen und darüber aufzuklären, daß es nur die Revolution sein wird, die auch für die Behinderten ein menschenwürdiges Dasein schaffen wird.

So wurden als erster Schritt Aufkleber und Flugblätter zum Wahlboykott verbreitet; das Grundsatzprogramm hat inzwischen jeder Kollege hier in seinem Briefkasten gefunden. Einige wollen nun mehr Informationen über die Partei und ein neuer RM-Abonnent wurde gewonnen. Gegen den Widerstand von Opportunisten und Revisionisten wächst der Sympathisantenkreis der Partei.

Rot Front! Vom Berufsförderungswerk in Bad Pyrmont.

Die Gesundheit ist käuflich

Im RM Nr. 44 vom 30. 10. 76 las ich auf der ersten Seite den Artikel über „Das verbrecherische Geschäft mit der Krankheit". Da ich Arzthelferin bin, fielen mir an dieser Stelle noch ein paar erwähnenswerte Beispiele für dieses korrupte und skrupellose Geschäft ein. Drei Viertel der Post, die mein Chef jeden Tag bekommt, sind Reklamesendungen der Pharma-Konzerne, oft dicke Hefte über ein Medikament, das beste Papier, der beste Druck, die sofort im Papierkorb landen, denn meist sortiere ich die Post, bevor der Chef sie überhaupt zu sehen bekommt. Die Werbeslogans sind fast noch besser gereimt als die im Fernsehen. Jetzt zum Jahresende werden wieder haufenweise Kalender geschickt und andere „kleine Aufmerksamkeiten" wie zum Beispiel Kerzenständer.

Durchschnittlich besucht uns täglich ein Vertreter. Er packt dem Chef den Tisch mit Mustern voll, gibt kurze Erläuterungen dazu und läßt nicht selten ein Rasierwässerchen, eine Schallplatte mit Geräuschen zum täglichen „Gehirntraining", eine Flasche Sekt, Aschenbecher oder andere Geschenke da. Hieran kann man, meine ich, allzu deutlich sehen, daß im Gesundheitswesen, wie überall in unserer kapitalistischen Gesellschaft, Bestechung an der Tagesordnung steht.

Die Gesundheit ist käuflich, das erlebe ich täglich bei der Behandlung der Privatpatienten. Das gesundheitliche Wohl der Werktätigen wird erst im Sozialismus an erster Stelle stehen.

Rot Front! Eine Genossin aus Bielefeld.

Presseerklärung der FIS

Am Samstag, den 27. 11. 76, fand in Frankfurt eine Protestdemonstration der Föderation Iranischer Studenten in der BRD und Westberlin, Mitglied der CISNU, gegen die Verhaftung und Ausweisung von CISNU-Mitgliedern in Frankreich und die Angriffe der internationalen Reaktion gegen diese Organisation statt. An dieser Demonstration beteiligten sich über 1 300 Menschen, darunter 1 100 Iraner aus vielen Städten der BRD. Diese Demonstration wurde unterstützt von der Generalunion Afghanischer Studenten, Arbeiterföderation der Türkei ATIF, Studentenföderation der Türkei ATÖF, Revolutionäre, Antifaschistische, Patriotische Front Spaniens FRAP und Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.

Am Ende der Demonstration verabschiedeten die Teilnehmer eine Protesterklärung, die wir Ihnen hiermit schikken. Die Delegation der FIS bemühte sich vergeblich, diese Protesterklärung dem französischen Konsulat zu überbringen. Der Leiter des Konsulats weigerte sich, diese Delegation zu empfangen. Das Konsulat war von zwei Hundertschaften Polizei umstellt. Die Teilnehmer der Demonstration verabschiedeten gleichzeitig eine Solidaritätserklärung mit den Mitgliedern der FIS in Frankreich, die sich seit Freitag, dem 19. 11., in Grenoble im Hungerstreik befinden. Die Forderungen dieses Hungerstreiks sind dieselben wie die von den Demonstrationsteilnehmern in Frankfurt verabschiedeten Forderungen der Protesterklärung.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Warum schwärmt die Bourgeoisie für Deng?

Deng Hsiao-ping - ein kapitalistischer Machthaber

In den letzten Wochen hat die bürgerliche Presse unseres Landes immer offener ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß jetzt, nach dem Tod des Genossen Mao Tsetung, der Konterrevolutionär Deng Hsiao-ping wieder zu Amt und Würden kommen möge. Ihre Meldungen und Gerüchte zeigen in aller Offenheit: Die Bourgeoisie unterstützt wärmstens die revisionistischen Theorien dieses Konterrevolutionärs, die darauf abzielen, in China den Kapitalismus zu restaurieren.

Wer erinnert nicht, wie Anfang des Jahres Deng Hsiao-ping von Genossen Mao Tsetung, der Partei und den breiten chinesischen Volksmassen als kapitalistischer Machthaber, als Konterrevolutionär entlarvt und aus dem Amt gejagt wurde. Damals demonstrierten nicht einige, sondern Hunderte Millionen der Volksmassen und bekundeten ihre Unterstützung für die Fortführung der Diktatur des Proletariats und den Kampf gegen den Wind von rechts. In allen Bereichen nahm die Revolution einen starken Aufschwung, wurde mit dem kapitalistischen Plunder Deng Hsiao-pings und seines Programms aufgeräumt. Anders aber reagierte man in Washington und Bonn: da flossen schon beinahe Tränen. Es wurde gejammert über die Entlarvung dieses doch so freundlichen, zugänglichen kleinen Mannes, den man so sehr schätzte und von dem man sich so viel versprach. Während sie diesem Mann nachweinte, hat die Bourgeoisie über wirkliche Revolutionäre noch nie eine Träne vergossen. Im Gegenteil: Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung verfluchen sie und versuchen, sie mit persönlichen Verleumdungen zu diffamieren, verbreiten Horrorgeschichten über sie, um damit den Marxismus-Leninismus, die marxistisch-leninistische Linie zu treffen. Doch ist das ein schlechtes Zeichen? Mao Tsetung sagte einmal zu dieser Frage: *„Ich bin der Meinung, daß es für uns – sei es für den einzelnen, für eine Partei, eine Armee oder eine Schule – schlecht ist, wenn der Feind nicht gegen uns Front macht, denn in diesem Fall würde es doch bedeuten, daß wir mit dem Feind unter einer Decke stecken. Wenn wir vom Feind bekämpft werden, ist das gut; denn es ist ein Beweis, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben. Wenn uns der Feind in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, dann ist das noch besser, denn es zeugt davon, daß wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern daß unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeitigt hat.“* Gegen wen hetzt die bürgerliche Presse denn? Verbreitet sie vielleicht über Deng Hsiao-ping Horrorgeschichten? Im Gegenteil, sie spendet ihm großes Lob. Warum aber hält die Bourgeoisie so große Stücke auf Deng Hsiao-ping?

Unter der Fahne des *„Kampfes gegen die Linksabweichung“* griff Deng Hsiao-ping die Große Proletarische Kulturrevolution und ihre glänzenden Ergebnisse an. Was war die Kulturrevolution? Sie war eine große politische Revolution des Proletariats unter den Bedingungen des Sozialismus, die persönlich vom Genossen Mao Tsetung angeleitet wurde, zum Sturz der den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber, der Kräfte der Bourgeoisie, die sich in der Partei , im Staatsapparat und in der Wirtschaft breit gemacht hatten, um in China den Kapitalismus zu restaurieren. Deng Hsiao-ping, der selbst neben Liu Schao-tschi ein Hauptvertreter der kapitalistischen Machthaber war und in der Kulturrevolution gestürzt wurde, verfolgte jedoch weiterhin einen ultrarechten Standpunkt, von dem aus er diesen Sturz der Bourgeoisie als *„ultralinks“* rückgängig machen wollte. Er versuchte mit der verleumderischen Behauptung, die Kulturrevolution habe *„erfahrene Kader getroffen“* und *„die guten Kader der Partei“* *„von führenden Posten abgesetzt“*, genau die in der Kulturrevolution kritisierten Kader für seine finsteren Absichten zu mobilisieren und wollte die besserungsunwilligen, den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber wieder in führende Ämter hieven.

Sein Ansturm gegen die Große Proletarische Kulturrevolution richtete sich gegen die Fortführung des Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie unter den Bedingungen des Sozialismus. Er wollte den Klassenkampf, dieses Hauptkettenglied beim Aufbau des Sozialismus und der Festigung der Diktatur des Proletariats, liquidieren. Er kämpfte in Wahrheit damit auf Seiten der Bourgeiosie und versuchte, ihre Positionen zu stärken, indem er den Klassenkampf des Proletariats ersticken wollte. In hinterhältigerweise behauptete er, die Losungen „Stabilität und Einheit“, „Voranbringen der Volkswirtschaft“ und „Fortführung des Klassenkampfes“ seien gleichrangig und bildeten insgesamt das Hauptkettenglied, das man anpacken müsse. Mao Tsetung entlarvte dies im Frühjahr dieses Jahres grundlegend: *„Was soll das, 'die drei Weisungen als Hauptkettenglied betrachten!' Stabilität und Einheit heißt nicht, den Klassenkampf aufgeben; der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt davon ab.“*

Ausdruck dieser Linie Deng Hsiao-pings, den Klassenkampf abzuwürgen, war auch sein Geschwätz: *„Ob weiße oder schwarze Katze – jede Katze, die Mäuse fängt, ist eine gute Katze.“* Er meinte damit, daß nicht die Frage entscheidend ist, ob in China sozialistische oder kapitalistische Produktionsverhältnisse herrschen, sondern daß die Hauptsache sei, die Produktion würde vorangetrieben. Damit kämpfte er tatsächlich für die Verwandlung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in China in kapitalistische. Mit seiner Parole *„Leitung der Fabriken durch Experten“* und seiner Forderung für die Betriebe nach *„direkter und ausschließlicher Kontrolle durch zuständige Ministerien“* versuchte er die Betriebe, die Produktion dem Proletariat zu entreißen und in die Hände einiger den kapitalistischen Weg gehender Machthaber, in die Hände einer neuen Bourgeoisie zu legen.

Ein weiterer Bestandteil des ökonomischen Konzepts dieses Konterrevolutionärs war es, Technik und Ausrüstung von den ausländischen Imperialisten zu beziehen. Er betete die ausländischen Produkte der Imperialisten an, während er die Kraft der Massen, ihre Fähigkeiten, alle Schwierigkeiten und Probleme vor allem im Vertrauen auf die eigene Kraft lösen zu können, verachtete. Sein Konzept lautete, ausländische Konstruktionen, Fertigungsprozesse, Maschinen und Anlagen zur Modernisierung Chinas zu importieren und dafür den Imperialisten Rohstoffe zu liefern. Es ist genau das Konzept der Chruschtschow-Revisionisten, das darauf hinauslaufen würde, China Schritt für Schritt zum Rohstofflieferanten, Absatzmarkt und Investitionsempfänger von Imperialismus und Sozialimperialismus zu machen, China in eine Kolonie des Imperialismus zu verwandeln. Dieses Konzept des Imperialismus durchzusetzen, zog Deng Hsiao-ping gegen die Fortführung der Revolution, gegen den Klassenkampf als Hauptkettenglied zu Felde.

Genosse Mao Tsetung sagte über Deng Hsiao-ping: *„Dieser Mensch packt nicht den Klassenkampf an, über dieses Hauptkettenglied spricht er nie. Also immer noch ‚weiße Katze, schwarze Katze', zwischen Imperialismus und Marxismus macht er keinen Unterschied.“* Doch genau dafür, weswegen ihn Mao Tsetung und die von ihm geführte Partei sowie die Hunderte Millionen Volksmassen verurteilten und bekämpften, lobten ihn die Imperialisten in den Himmel. Sie nannten ihn stets liebevoll den „Pragmatiker“ und enthüllten damit ungewollt selbst sein reaktionäres Wesen. Denn der Pragmatismus ist eine Richtung der bürgerlichen Philosophie, die vorgibt, von einer abstrakten, über den Klassen stehenden „Nützlichkeit“ auszugehen, genau wie es in dem Gerede ‚weiße Katze, schwarze Katze' zum Ausdruck kommt. Tatsächlich aber steht diese Philosophie im Dienst der Bourgeoisie, im Dienst der kapitalistischen Herrschaft; denn sie verwischt die Trennungslinie zwischen Imperialismus und Marxismus, zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Und Deng Hsiao-ping bedient sich ihrer genau zu dem Zweck, um damit die marxistische Methode der Klassenanalyse zu bekämpfen, die stets die Frage stellt: nützlich für welche Klasse? Seit jeher haben sich die alten wie die modernen Revisionisten dieser Methode bedient, um den Sozialismus, um die Diktatur des Proletariats zu bekämpfen und zu liquidieren.

Mit der Verjagung Deng Hsiao-pings wurde für die Diktatur des Proletariats, wurde für den Sozialismus in China ein Kampf auf Leben und Tod siegreich entschieden. Die Entlarvung dieses Konterrevolutionärs und seiner revisionistischen Theorien und Pläne, wie auch zuvor die Zerschlagung der konterrevolutionären Lager Liu Schao-tschis und Lin Biaos, schaffte in China eine Situation, in der mit dem Kampf gegen den Wind von rechts der Klassenkampf einen neuen Aufschwung nahm und auf allen Gebieten die Revolution voranschritt. Dadurch wurde der Aufbau des Sozialismus wie auch die Festigung der Diktatur des Proletariats gestärkt, was nicht nur für China von außerordentlicher Bedeutung ist, sondern auch für das internationale Proletariat und die Völker der Welt im Kampf für die Weltrevoltution. Die Niederlage Deng Hsiao-pings hat gezeigt, daß Verräter, die den kapitalistischen Weg gehen, mögen sie sich auch geschickt tarnen, sich nur vorübergehend an der Macht halten können, wenn die Partei und die Volksmassen wachsam sind und an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus festhalten. Mit der Verjagung Deng Hsiao-pings, mit dem breiten Kampf gegen den Wind von rechts fällten die chinesischen Kommunisten unter Führung des Genossen Mao Tsetung erneut ihr Urteil: China muß rot bleiben. „Nur der Sozialismus kann China retten.“

Gegen dieses Urteil heulten die Imperialisten, ob in Washington, Moskau oder in Bonn, auf und trauerten ihrem doch so zugänglichen, freundlichen und „pragmatischen“ kleinen Mann nach. Ihre Hoffnungen und Pläne waren gescheitert. Genosse Mao Tsetung hat bereits vor zehn Jahren darauf hingewiesen: *„Seit dem Sturz des Kaisers im Jahre 1911 konnten in China die Reaktionäre niemals lange an der Macht bleiben. Der, bei dem die Herrschaft am längsten dauerte* (Tschiang Kai-schek), *herrschte nur zwanzig Jahre, aber auch er fiel, sowie sich das Volk erhob ... Sollten in China die Rechten einen antikommunistischen Staatsstreich inszenieren, so bin ich fest davon überzeugt, daß sie ebenfalls keine Ruhe finden werden und ihre Herrschaft sehr wahrscheinlich kurzlebig sein wird, denn die Revolutionäre, die die Interessen von mehr als 90% der Bevölkerung vertreten, werden das nicht zulassen.“*

Die Fabel vom Huhn und vom Esel

Ein Mann kam zu seinem Freund. Über dem Arm trug er einen Korb. In dem Korb war ein Huhn. Es gackerte laut und benahm sich auch sonst wie ein Huhn.

„Ei“, sagte der Freund, „was hast Du in Deinem Korb für ein schönes Huhn, willst Du es verkaufen?“

„Aber wieso denn ein Huhn“, sagte der Mann, „das ist doch kein Huhn, das ist ein Esel.“

Fassungslos erwiderte der Freund: „Ein Esel? Aber ich sehe doch mit meinen eigenen Augen: es ist ein Huhn. Es sieht aus wie ein Huhn, hat Federn, Flügel und gakkert wie ein Huhn. Wenn Du es willst, kann ich den Hauswirt holen, der kann es Dir bestätigen.“

Mißbilligend zog der Mann die Stirn in Falten. „Den Hauswirt? Ist er nicht Dein Feind? Nimmt er Dir nicht allmonatlich die Miete ab? Und ihm willst Du glauben, mehr als mir, Deinem Freund? Ich sage Dir: das ist kein Huhn, das ist ein Esel. So Du mir nicht glaubst, muß ich annehmen, daß es Dir an nötigem Vertrauen zu mir und meinen Anschauungen, die die Grundlage unserer Freundschaft sind, mangelt. Solltest Du auf Deiner Ansicht, das sei ein Huhn und kein Esel beharren, sehe ich mich mit großem Bedauern gezwungen, Dir meine Freundschaft zu kündigen.“

Der Freund nahm die Kündigung dieser Art „Freundschaft“ gelassen in Kauf.

Grussadresse

des ZK der KPD/ML zur Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei Dänemarks

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Arbeiterpartei Dänemarks

Liebe Genossen!

Zur Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei Dänemarks übermitteln wir Euch unsere brüderlichen revolutionären Kampfesgrüße. Mit der Gründung Eurer Partei besitzen das dänische Proletariat und die breiten werktätigen Massen wieder ihre marxistisch-leninistische Vorhutpartei, ohne die der Sieg in der sozialistischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die endgültige Befreiung der breiten werktätigen Massen von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung, der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft unmöglich sind.

Die dänische Monopolbourgeoisie beutet die Arbeiterklasse und die breiten werktätigen Massen in Stadt und Land grausam aus und unterdrückt sie. Sie hat Euer Land an den amerikanischen Imperialismus verkauft und ist sein Komplize. Sie hat den raubgierigen kapitalistischen Monopolen der Europäischen Gemeinschaft, darunter auch den westdeutschen Imperialisten, Tür und Tor geöffnet, so daß heute auf der dänischen Arbeiterklasse und den breiten werktätigen Massen in Stadt und Land eine doppelte und dreifache Last liegt. Um den Klassenkampf des Proletariats niederzuhalten, zu sabotieren und auszuhöhlen, bedient sich die dänische Monopolbourgeoisie ihrer Agenturen, der konterrevolutionären Sozialdemokratie, der reformistischen Gewerkschaftsführer und vor allem der modernen Revisionisten, dieser Verräter am Marxismus-Leninismus, dieser Todfeinde des Proletariats und der sozialistischen Revolution.

In Dänemark hat heute die Arbeiterklasse die Lügen der Bourgeoisie, die sich bemühte, Euer Land als Beispiel eines angeblich dauerhaften „sozialen Friedens“ hinzustellen, vollständig zunichte gemacht. In machtvollen Streiks und Demonstrationen haben sich die Arbeiter und die übrigen Werktätigen gegen das Monopolkapital, gegen den bürgerlichen Staat und gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit der Gewerkschaftsführer und der modernen Revisionisten erhoben und sind zum Kampf für die Verteidigung ihrer Lebenslage, gegen die Unterdrückung und Ausplünderung durch das Kapital angetreten.

Die Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei Dänemarks ist ein großer Sieg der dänischen Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker, für die sozialistische Revolution. Sie ist ein großer Sieg im Kampf des dänischen Volkes für seine nationale Unabhängigkeit vor allem gegen die beiden imperialistischen Supermächte und die von ihnen heraufbeschworene Gefahr eines neuen Weltkrieges. Sie ist zugleich ein schwerer Schlag gegen den modernen Revisionismus, der sich mit allen Kräften bemüht, den revolutionären Kampf des Proletariats zu sabotieren und niederzuhalten, der den Marxismus-Leninismus wütend bekämpft. Die modernen Revisionisten sind die gefährlichsten Feinde, die sich in die Reihen der Arbeiterbewegung eingeschlichen haben. Aber der Marxismus-Leninismus ist unbesiegbar und voller Lebenskraft. Die Gründung Eurer Partei ist ein weiteres Beispiel für den unbeugsamen Kampf der Marxisten-Leninisten gegen den modernen Revisionismus und alle anderen opportunistischen Theorien und Konzepte. Das deutsche Volk und das dänische Volk sind Nachbarvölker. Zwischen der Arbeiterklasse unserer beiden Länder bestehen enge, freundschaftliche Beziehungen. Unsere beiden Parteien sind Teil der marxistisch-leninistischen Weltbewegung, wir kämpfen für das gleiche Ziel und lassen uns in diesem Kampf von den gleichen Prinzipien leiten. Das ist die sichere Gewähr für den Triumph der Revolution.

Es lebe die Kommunistische Arbeiterpartei Dänemarks!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Zentralkomitee der KPD/ML

ARBEJDERE OG UNDERTRYKTE FOLK I ALLE LANDE, FORÉN JER!

ARBEJDER AVISEN

Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiterpartei Dänemarks

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Interview mit der KP der Philippinen (Teil 2)

"Im Meer des Volkskrieges wird die Marcos-Clique ertrinken!"

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe des „Roten Morgen" den zweiten und abschließenden Teil der Auszüge aus dem Interview mit Genossen der Kommunistischen Partei der Philippinen, das im Mai und Juni dieses Jahres auf den Philippinen geführt wurde. In diesem Teil berichten die Genossen u. a. über die Lage in den befreiten Gebieten, den Verrat der modernen Revisionisten und den Kampf der Moslems im Süden des Landes. Der erste Teil des Interviews wurde in der letzten Ausgabe des „Roten Morgen" veröffentlicht. Die Hervorhebungen und Zwischenüberschriften stammen von uns.

Befreite Gebiete!

Frage: In dem im Zuge der Neugründung eurer Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage am 26. Dezember 1968 verabschiedeten „Programm für eine volksdemokratische Revolution auf den Philippinen" habt ihr folgendes festgestellt: „Der Hauptinhalt der volksdemokratischen Revolution ist der Kampf für den Landbesitz der Bauern." Welche Fortschritte konntet ihr bei der Durchführung dieses Punktes eures Programms erzielen?

Antwort: Trotz des Kriegsrechts ist es uns gelungen, im bewaffneten Kampf voranzuschreiten, die Einheitsfront – bestehend aus allen fortschrittlichen und patriotisch gesonnenen Kräften – unter Führung der Partei aufzubauen und immer größere Teile der Bauernschaft in die Neue Volksarmee einzureihen. Wie bereits erwähnt, kämpft die Neue Volksarmee in einigen Provinzen Luzons bereits in Kompaniestärke – so z. B. in Isabela. Hier haben wir auch bereits befreite Gebiete errichtet. Wie ist das möglich? Nun, das ist möglich, weil uns die Massen vertrauen, weil sie sehen, daß wir es sind, die mit der Politik „Land demjenigen, der es bebaut" Ernst machen.

Unsere Stärke liegt in unser korrekten Ideologie und Politik. In dem von unserem Zentralkomitee herausgegebenen Dokument „Richtlinien für eine tiefgreifende Agrarrevolution", das in der Ausgabe vom 1. November 1972 im Zentralorgan unserer Partei „Ang Bayan" (Das Volk – RM) abgedruckt worden ist, haben wir bei der Durchführung der Agrarrevolution ein Minimal- und ein Maximalprogramm bekanntgegeben. Während das Maximalprogramm im Kern mit den im „Programm für eine volksdemokratische Revolution" formulierten Zielen in der Agrarfrage identisch ist, legte das Minimalprogramm u. a. folgende Punkte fest, die heute in den befreiten Gebieten Anwendung finden: 1. Errichtung von Kooperativen, 2. höchstens 10%ige Abgabe der Nettoernte, 3. Beseitigung jeglicher Form von Schuldknechtschaft usw.

Außerdem gelang es unserer Partei, die Samahan ng mga Makabayang Magsasaka (Patriotische Bauernvereinigung – RM) zu organisieren, deren organisatorisches Rückgrad der demokratische Zentralismus bildet. Sämtliche Mitglieder haben das Recht, zu wählen und in leitende Funktionen gewählt zu werden. Den Schutz dieser Organisation übernimmt die Neue Volksarmee, was notwendig ist, da das Marcos-Regime unter den Bedingungen des Kriegsrechts keine kämpferische Organisation der Bauern duldet. Für verschiedene Lebensverbesserungsprojekte werden nicht mehr als 5% des Einkommens der Mitglieder erhoben. Jedes Mitglied erhält 2% aus dem Verdienst der Kooperativen. Das ist eine kurze Darstellung der Situation in den befreiten Gebieten.

Daß ein revolutionärer Volkskrieg in allen Bereichen unentdeckte Energien bloßlegt, daß die Bauern als Hauptkraft dieses Kampfes gleichzeitig ihre Arbeitsproduktivität steigern, da sie jetzt am eigenen Leib erfahren, für wen und was sie arbeiten, werden Angehörige des Regimes niemals begreifen können. Wir können dir an dieser Stelle mitteilen, daß erst kürzlich in der Provinz Isabela abgeschlossene Untersuchungen zu dem Ergebnis führten, daß allein hier die Reisproduktion um 300% über dem auf den anderen Inseln sonst üblichen Niveau liegt. Die Bauern wissen nur zu gut, daß die revolutionäre Lösung des Landproblems den Hauptinhalt der volksdemokratischen Revolution bildet, daß nur auf dem Wege des revolutionären Volkskrieges die Verquickung von Imperialismus und Feudalismus, der ja die lokale Basis des Imperialismus darstellt, zerstört wird. **Die Bauern vertrauen uns, weil unsere Partei der führende Stab und die Neue Volksarmee das schwere Geschütz ihres Kampfes sind.** Die bereits erzielten Errungenschaften werden sie sich niemals nehmen lassen. Abschließend kann man mit Fug und Recht sagen, daß die Bedingungen auf dem Lande ausgezeichnet sind – und das nicht nur auf der Insel Luzon.

Revisionismus bedeutet Verrat auf der ganzen Linie!

Frage: Daß eure Partei siegreich vorwärts geschritten ist, ist doch wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß ihr das Krebsgeschwür des Opportunismus und Revisionismus durch die um die Jahreswende 1968/69 vollzogene Neugründung der Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage ausgemerzt habt.

Antwort: Bereits im ebenfalls am 26. Dezember 1968 verabschiedeten Statut unserer Partei heißt es unter Artikel III (Rechte und Pflichten der Mitglieder), daß es eine Pflicht eines jeden Parteimitgliedes ist, **„den Revisionismus aufs schärfste und unerbittlich zu bekämpfen und bürgerliche Tendenzen innerhalb der Partei entschieden zu entlarven und auszumerzen."** Warum ist dieser Passus in das Statut aufgenommen worden? Nicht etwa, weil er uns so gut gefiel. Auch nicht aus irgendwelchen subjektivistischen Gründen. Nein, er wurde zu einem wichtigen Bestandteil des Statuts gemacht, weil die Erfahrungen während des harten ideologischen Kampfes innerhalb der alten KP mit zwingender Notwendigkeit die vollständige Entlarvung und Vernichtung des Revisionismus geboten. Es sei an dieser Stelle lediglich darauf hingewiesen, daß die Lava-Taruc-Clique (Luis Taruc und die Gebrüder Lava waren die Führer des Revisionismus auf den Philippinen – RM) auf alle Fragen konterrevolutionäre und massenfeindliche Antworten gab.

Ende des zweiten Weltkrieges jubelte sie der Rückkehr des USA-Imperialismus zu, feierte diesen als „Befreier" der Inseln, führte in der Nachfolgezeit mit den reaktionären Regimes in Manila Gespräche über die Einstellung des bewaffneten Volkskrieges, modelte die Partei in einen Wahlverein um, der sich mehr auf das Gerangel im Kongreß, denn auf die Durchführung eines langwierigen Volkskrieges konzentrierte. Wir möchten hier kurz eine Kostprobe von Lavas abgrundtiefem Verrat wiedergeben.

Lava hat wiederholt folgendes erklärt: **„Der USA-Imperialismus meint es ernst mit der Verwirklichung der Landreform. Die Allianz der Imperialisten und Feudalisten war tatsächlich effektiv zur Zeit des klassischen oder alten Kolonialismus."** Obgleich die Tatsache, daß der Feudalismus die soziale Basis des USA-Imperialismus in einem halbkolonialen und halbfeudalen Land wie den Philippinen bildet, längst zum Schatz des Marxismus-Leninismus gehört, ist Lava stets gegen diese korrekte Feststellung Amok gelaufen.

Weiter: Jesus Lava, der sich schließlich 1964 aus Furcht vor den Massen den Agenten des damaligen Präsidenten Diosdado Macapagal stellte, erklärte bei häufigen Anlässen: **„Es ist schwierig zu sagen, ob der gewöhnliche Bauer ein wirklich bewußter Antiimperialist ist."** Spitzfindig wie dieser Erzrevisionist nun einmal war, folgerte er, der antifeudale Kampf, also letztlich der bewaffnete Volkskrieg, die Agrarrevolution sowie der Aufbau revolutionärer Landbasen im Hinterland würden vom antiimperialistischen Kampf ablenken. Das spricht wohl für sich!

Da eine vollkommen revisionistisch entartete Partei selbstredend keine revolutionäre Volksarmee zu führen vermag, degenerierte die alte sogenannte „Landesbefreiungsarmee" notwendig zu einer Banditenorganisation. Wie anders soll man einen bewaffneten Trupp nennen, der beispielsweise von Großgrundbesitzern Gelder einstreicht und sich dafür mit der Einstellung des Volkskrieges bedankt.

Die philippinischen Arbeiter und Bauern haben diesen Verrätern die geballte Faust gezeigt. Bezeichnend ist doch, daß letzte versprengte Elemente der Lavas und Tarucs 1974 im Regierungspalast in Manila vor Marcos ihre Waffen streckten. Diesen Verrätern blieb nur dieser einzige Ausweg, nachdem sie in den Provinzen zu Recht um ihr Leben bangen mußten. Kurz ein Wort zu Luis Taruc ...

Frage: ... dessen Karriere im Lager der Imperialisten und Feudalisten ja einem Höhenflug gleichkommt!

Antwort: Na, das kann man wohl sagen! Vom einstigen Oberkommandierenden der Hukbalahap (Antijapanische Volksarmee – RM) zum Beauftragten des Kriegsrechtsregimes für Agrarfragen in der Provinz Pampanga! Wenn das nichts ist! Wie du ja sicherlich weißt, hat Marcos den Huks am 28. März dieses Jahres Guerillastatus gewährt. Anläßlich des 34. Jahrestages der Gründung der Hukbalahap kam eigens Conrado F. Estrella, der für die sogenannte Agrarreform zuständige Minister, nach San Fernando, Provinz Pampanga, gereist. Natürlich war auch Luis Taruc zugegen. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Hukbalahap-Veteranenorganisation forderte er die anwesenden Huk-Veteranen auf, das Marcos-Regime in all seinen Programmen – vornehmlich aber bei der Landreform – zu unterstützen. Bedarf es eines weiteren Beweises für die vollständige Verrottung dieses revisionistischen Gesindels!?

Wir glauben, daß allein diese kurzen Ausführungen deutlich gemacht haben, wie notwendig der Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus ist. **Revisionismus bedeutet Verrat auf der ganzen Linie.** Es kann und darf in dieser Frage kein Schwanken geben. Unsere Partei hat unter Beweis gestellt, daß die schonungslose Bekämpfung des Revisionismus gleichzeitig einen empfindlichen Schlag gegen Imperialismus und Feudalismus bedeutet. Ist der Kampf gegen Imperialismus und Feudalismus ein Kampf Auge um Auge, so ist in eben der gleichen Weise der Kampf gegen den Revisionismus und Opportunismus ein Kampf Zahn um Zahn. Revisionismus bedeutet Schützenhilfe für Faschismus und Terror. **Um siegreich im Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Feudalismus voranschreiten zu können, müssen dessen gefährlichste Agenten – nämlich die Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen – unerbittlich bekämpft werden.** Daß wir große Erfolge errungen haben, ist letztlich auf unseren konsequenten Kampf gegen das revisionistische Gesindel zurückzuführen.

Frage: Zu meiner letzten Frage stelltet ihr fest, daß eure großen Erfolge Ausdruck des konsequenten Kampfes gegen die Revisionisten sind. Hat nicht auch dieser Kampf entscheidend zur Polarisierung der philippinischen Gesellschaft beigetragen?

Antwort: Gewiß. Die Verhängung des Kriegsrechts im September 1972 konnte u. a. geschehen, weil die oppositionellen Kräfte im Lande zersplittert und gespalten waren. Unter den Bedingungen des Kriegsrechts hat sich das geändert. **Die Frage stellt sich heute jedem Filipino: für Kriegsrecht, Faschismus und Unterdrückung der Volksmassen oder für den bewaffneten Volkskrieg als einzig gangbaren Weg zur Vernichtung des USA-Imperialismus, des einheimischen Feudalismus und zur Aufrichtung einer volksdemokratischen Herrschaft!** Entscheidet man sich für letzteres, so kommt man nicht um die Tatsache herum, daß es unsere Partei und die von ihr geführte Einheitsfront sind, die mittels der Neuen Volksarmee die Anliegen der breiten Volksmassen verwirklichen werden. **Ein Mittelding gibt es nicht.** Es waren die Revisionisten, die vor September 1972 groß und breit mit ihrer MDP (Bewegung für die demokratischen Philippinen – RM) und ähnlichen Organisationen hausieren gingen. Sie mußten Schiffbruch erleiden, da sie das Unmögliche möglich machen wollten – nämlich eine Demokratisierung im Rahmen eines halbkolonialen, halbfeudalen Landes mittels dessen Staatsapparates anzustreben, der ja von den Lakaien des USA-Imperialismus und der einheimischen Großgrundbesitzerklasse, den bürokratischen Kapitalisten, beherrscht war und ist. Diese Illusionen hat das Marcos-Regime selbst zerstört. **Wir sagen es hier klipp und klar: Es gibt keinen dritten Weg, kein Mittelding zwischen der US-imperialistischen, feudalistischen Herrschaft auf der einen und der volksdemokratischen Herrschaft auf der anderen Seite!**

Die Moslems im Süden sind unsere Waffenbrüder!

Frage: In den bürgerlichen Medien ist der Volkskrieg auf den Südphilippinen als Religionskrieg, als ein Kampf um den rechten Glauben dargestellt worden.

Antwort: Die Bevölkerung im Süden unseres Landes wurde von zwei Stiefeln getreten. Einmal von den Regierungen in Manila mitsamt ihren bewaffneten Streitkräften, zum zweiten von ihren eigenen „datus", den weltlichen und religiösen Führern. Letztere haben vergeblich versucht, dem Volkskrieg im Süden die Spitze zu nehmen. Sie arrangierten sich mit Marcos, schenkten seinen Beteuerungen Glauben, daß die Einstellung der Kampfhandlungen mit wirtschaftlichen Aufbauprojekten belohnt werde. Doch dieses



Arrangement hat die „datus" völlig isoliert. Sie bildeten einmal die Führung der MNLF (Mindanao Nationale Befreiungsfront – RM). **Heute indes liegt diese in den Händen von Marxisten-Leninisten.** Als Druckmittel hatten sich die „datus" immer wieder der Drohung mit der Schaffung eines eigenständigen Staates bedient. Kurz: Sie drängten auf Sezession, auf Loslösung der südlichen Inseln vom philippinischen Staatsverband. **Heute indes kämpft die MNLF Schulter an Schulter mit der Neuen Volksarmee für die volksdemokratische Revolution auf den Philippinen.** Die Politik des „Teile und herrsche", die Marcos früher einmal erfolgreich anwenden konnte, ist vollends fehlgeschlagen. Auf Mindanao ist seiner Kriegsmaschinerie eine Schlappe nach der anderen widerfahren. Allein seit 1972 hat er weit über 20 000 seiner Soldaten verloren. Gemeinsam mit unseren Waffenbrüdern im Süden werden wir die volksdemokratische Republik der Philippinen aufbauen, die die kulturelle Eigenart der muslimischen Bevölkerung – wie dies auch in unserem Parteiprogramm formuliert worden ist – voll respektiert.

Die Zeichen stehen auf Revolution!

Frage: Mehr als ein Jahr ist seit dem glänzenden Sieg der indochinesischen Völker in ihrem langwierigen Volkskrieg gegen den USA-Imperialismus verstrichen. Wie schätzt ihr die Lage in Ost- und Südostasien ein?

Antwort: Dem USA-Imperialismus sind überall auf der Welt, vor allem aber in Indochina, schwere Schläge versetzt worden. Er ist gegenwärtig dabei, seine Kräfte neu zu formieren. Daß er nach wie vor in unserem Land der Hauptfeind ist, beweist, daß er sich keineswegs geschlagen gibt. Die andere Supermacht, der sowjetische Sozialimperialismus, hat deutlich ihre Vormachtbestrebungen in diesem Teil der Erde im letzten Jahr verstärkt. Sie ist die aufstrebende, nicht minder aggressive Macht, die die Nachfolge des USA-Imperialismus antreten will. Wir haben es niemals unterlassen, den aggressiven und räuberischen Charakter des sowjetischen Sozialimperialismus bloßzustellen. Gegenwärtig aber ist der USA-Imperialismus, der weit über 20000 Truppen auf unserem Territorium unterhält und der Ziehvater des Kriegsrechtsregimes ist, unser Hauptfeind. Die Situation in unserem Land ist heute günstiger denn je. Der Volkskrieg ist zu einem Meer geworden, in dem die Imperialisten, Feudalisten und bürokratischen Kapitalisten unweigerlich ertrinken werden.

Frage: Abschließend eine letzte Frage. Von verschiedenen Seiten, vorrangig von Revisionisten und Trotzkisten, ist angesichts der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den Philippinen und der VR China im Sommer 1975 der Vorwurf erhoben worden, die VR China habe den Volkskrieg auf den Philippinen verraten und das Image des Marcos-Regimes aufpoliert. Was habt ihr zu einem derartigen Vorwurf zu sagen?

Antwort: Zunächst einmal hat die VR China nirgends und zu keinem Zeitpunkt den Volkskrieg in unserem Land verraten. Das blieb lediglich den Revisionisten vorbehalten. Zum anderen handelt es sich bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten um die Anerkennung der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Auf seiten des Marcos-Regimes bedeutete das ein Eingeständnis der Schwäche, das in der Diplomatie die Flucht nach hinten angetreten ist. Seine Politik der bedingungslosen Unterstützung der Verräter-Clique in der chinesischen Provinz Taiwan hat Schiffbruch erlitten. Überdies handelt es sich hier um Beziehungen zwischen zwei Staaten, die der stets freundschaftlichen Beziehung der KP Chinas und unserer Partei natürlich keinen Abbruch getan haben. Um einer außenpolitischen Isolierung zu entgehen, sah sich Marcos gezwungen, die VR China diplomatisch anzuerkennen. Es ist schon dreist, wenn solche eingeschworenen Feinde des Volkskrieges wie die Revisionisten und Trotzkisten vom Verrat desselben sprechen. Überhaupt: Wie kann man etwas verraten, das man zutiefst als „Sektierertum" verdammt?

* * *

Genossen, habt herzlichen Dank für dieses ausführliche Gespräch. Es bleibt mir nur übrig, euch noch größere Erfolge im Volkskrieg zu wünschen, bis das Etappenziel, Vernichtung des USA-Imperialismus und Feudalismus und Aufrichtung der volksdemokratischen Herrschaft, mit der Waffe in der Hand erkämpft ist.

Abschlußwort der philippinischen Genossen: Es hat uns gefreut, deine Fragen beantworten zu können. Obgleich die wertvollste Unterstützung unseres Kampfes im Sinne des proletarischen Internationalismus der Klassenkampf im eigenen Land ist, würden wir es begrüßen, daß die Anliegen unseres Kampfes, die bestehenden Verhältnisse im Lande unter den Bedingungen des Kriegsrechts, in deinem Lande publizistisch dargestellt werden. Es hat uns außerordentlich gefreut, daß auch dem deutschen Leser mittlerweile das Buch unseres ZK-Vorsitzenden, Amado Guerrero, „Philippinische Gesellschaft und Revolution" zugänglich ist. **Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem philippinischen Volk!**

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	32 m und 41 m (KW)
6.00 - 6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
21.30-22.00	41m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,30 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



Autofahren wird teurer

Vom 1. Januar nächsten Jahres an planen die Versicherungskapitalisten in Übereinstimmung mit der Bundesregierung einen neuen tiefen Griff in die Taschen der Autofahrer: sie wollen die Prämien für die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung drastisch erhöhen.

Noch lassen die Versicherungskonzerne die Einzelheiten im Dunkeln und schweigen sich über das genaue Ausmaß der Beitragserhöhungen aus. Die bisher bekanntgewordenen Tatsachen sprechen allerdings für sich. So tritt am 1. Januar eine allgemeine Erhöung der Prämie, die zwischen 3,7 und 6,7 % liegt, in Kraft. Gleichzeitig wurden die einzelnen Schadensklassen, nach denen sich die Beitragshöhe bemißt, neu eingeteilt. Gemäß der Schadenshäufigkeit in den einzelnen Regionen ist die ganze Bundesrepublik in sechs Bezirke aufgeteilt worden, für die unterschiedliche Beiträge gelten. Vor allem diese letzte Regelung wird für die Autofahrer weitreichende Folgen haben. Trotz des verwirrenden und komplizierten Systems, nach dem sich in Zukunft die Höhe der einzelnen Beiträge bemessen wird, steht jetzt schon fest, daß die Prämien für die allermeisten Autofahrer drastisch gesteigert werden – bis um 40 %, wie das „Handelsblatt" feststellte.

Mit einem Wort: die Versicherungskonzerne und der kapitalistische Staat nutzen schamlos die Tatsache aus, daß das Auto heute für die Werktätigen zu einem unverzichtbaren Verkehrsmittel geworden ist, um die Taschen der Werktätigen zu plündern und sich auf ihre Kosten zu bereichern.

Ein Millionengeschäft für beide

Geht es um die Interessen der Werktätigen, heißt es im amerikanischen Kongreß genau wie bei uns im Bundestag: Sparen ist die erste Bürgerpflicht. Geht es aber um den Präsidenten der USA, sieht die Sache anders aus.

Wie jetzt bekannt wurde, hat der bisherige Präsident der USA, Ford, noch rechtzeitig vor den Wahlen in den USA dafür gesorgt, daß das Gesetz über die sogenannten „Übergangsbezüge" für Präsidenten geändert wird. So bekommt Ford jetzt als Abschiedsgeschenk statt den 200 000 Dollar, die Nixon als Abfindung bekam, eine runde Million Dollar. Außer den 63 000 Dollar natürlich, die ihm in Zukunft jedes Jahr als Jahrespension zustehen, und außer den 40 500 Dollar natürlich, die er in Zukunft ebenfalls jährlich aus dem Pensionsfonds des Kongresses erhält.

Doppelt so hoch wie das Abschiedsgeschenk für Ford ist das Antrittsgeschenk für den neuen Präsidenten Carter. Er bekommt für die Zeit bis zu seinem Amtsantritt am 20. 1. 77 zwei Millionen Dollar Übergangsbezüge! Zwei Millionen Dollar für zwei Monate, während zur gleichen Zeit Millionen amerikanischer Werktätiger nicht einmal satt zu essen haben! Das ist die amerikanische „Demokratie", wie sie leibt und lebt – solange, bis die amerikanische Arbeiterklasse ihre Ausbeuter davonjagen wird.

40. Todestag des Genossen Hans Beimler

Am 1. Dezember jährte sich zum 40. Male der Todestag des Genossen Hans Beimler, des mutigen Kämpfers gegen den deutschen Imperialismus, gegen die Hitlerbarbarei, des heldenhaften Kommissars der Internationalen Brigaden, der auf den Barrikaden des Freiheitskampfes in Madrid sein Leben ließ.

Hans Beimler wuchs auf als Sohn von Landarbeitern. Er wurde Metallarbeiter. Während des ersten Weltkrieges wurde er zur Flotte eingezogen, nahm als roter Matrose an der Novemberrevolution teil; wurde Mitglied des Spartakusbundes und dann der KPD; nahm teil am Kampf um die Bayrische Räterepublik, wurde dafür 1921 zu zwei Jahren Festung verurteilt.

Auch in den folgenden Jahren kämpfte Hans Beimler, inzwischen Funktionär der KPD, immer an vorderster Front. Die Nazis verfolgten ihn deshalb mit besonderem Haß. Als er im April 1933 in ihre Hände geriet, wurde er in das KZ Dachau geschleppt und dort entsetzlich mißhandelt. Aber die Faschisten konnten den Kommunisten Hans Beimler nicht brechen. Im Mai 1933 gelang es ihm, aus dem Konzentrationslager zu fliehen. Einige Jahre leitete er aus dem Ausland den illegalen Kampf der KPD in Bayern.

Als 1936 der Krieg Francos gegen die Spanische Republik begann, gab es für Hans Beimler keine Sekunde Zögern. Er war, als Vertreter des ZK der KPD, einer der allerersten, die in Spanien mit der Waffe in der Hand gegen die faschistischen Truppen Francos und seiner Verbündeten, Hitler und Mussolini, kämpfte. Zusammen mit anderen gründete er die „Centuria Thälmann", aus der später die deutschen Einheiten der Internationalen Brigaden, das Ernst-Thälmann- und das Edgar-André-Bataillon hervorgingen.



Genosse Hans Beimler

Hans Beimler, der Kommissar der „Centuria Thälmann", erwarb sich durch seinen mutigen, unerschrockenen Kampf nicht nur die tiefe Achtung seiner deutschen Kameraden in Spanien. Er wurde zum Vorbild für viele tausend Kämpfer der Internationalen Brigaden. Und er wird – als einer der Helden, die das deutsche Proletariat hervorgebracht hat – immer im Andenken unseres Volkes fortleben. Als Kommunist und proletarischer Internationalist, dessen Denken und Handeln nur ein Ziel kannte: den Kampf für die sozialistische Revolution und die Freiheit der Völker.

DEM GEDENKEN UNSERES GEFALLENEN BRIGADEKOMMISSARS

1939

An Lenins Wort und Werk zur Tat entzündet,
Trat er, noch jung, zur Fahne der Partei,
Zum Heer, das die Entrechteten verbündet,
Um abzutun den Fluch der Sklaverei.

Er hat zu unsrer Fahne treu gestanden,
Als oft im Sturme sie zu stürzen schien,
Als sich Verrat und Niedertracht verbanden,
Die sich bemühten, sie herabzuziehn.

Er blieb ihr treu, als den Faschistenhorden
Sein starkes Herz zu brechen nicht gelang.
Er war im Kerker stärker noch geworden.
Kein Leiden gab es, das ihn niederzwang.

Im Kreis der unterirdischen Genossen
Hat er die Glut des alten Kampfs genährt.
Für Deutschlands Freiheit bis zum Tod entschlossen,
Hat er in schwersten Stunden sich bewährt.

Er hat sein Vaterland verlassen müssen.
In seinem Herzen trug er's in die Welt.
Mit Mut und Willen, Wissen und Gewissen,
Stand er im Kampf, wo er auch hingestellt.

Und als der Weltfeind Spanien überfallen,
Da war auch er beim großen Aufgebot,
Ein treuer Kamerad, ein Vorbild allen,
Ein internationaler Patriot.

Hier wurde ihm die Front zur Barrikade,
Ein Kampfgenosse, wie Hans Beimler war,
Und unvergessen bleibt er der Brigade
Als ihr getreuster, bester Kommissar.

Denkt an sein Wort: „Wir kennen keine Schwäche!
Wer hier verzagt, ist reif zum Überlauf!"
Wer Furcht hat, daß die schwere Zeit ihn breche,
Der richte sich an diesem Vorbild auf!

Italien/ICMESA

Arbeiter gestorben

Am letzten Wochenende starb in Italien der Arbeiter Pasquale Mollica an Leberkrebs. Pasquale Mollica war als Arbeiter bei ICMESA beschäftigt. ICMESA ist der Chemiebetrieb in Seveso, bei dem es im Juli zur Freisetzung großer Mengen des Giftgases TCDD kam, das unter anderem im chemischen Krieg in Vietnam eingesetzt wurde.

Erst aufgrund von Protestaktionen der Arbeiter des Betriebes waren die ICMESA-Kapitalisten damals bereit gewesen, den Betrieb zu schließen. Die Evakuierung der dortigen Bevölkerung ließ noch länger auf sich warten.

Pasquale Mollica war also längere Zeit dem hochgiftigen Gas ausgesetzt. Die Krankheit, an der er starb, ist zudem typisch für solche Vergiftungen. Trotzdem dachten die italienischen Behörden nicht im geringsten daran, sofort Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen dem Tod von Pasquale Mollica und der Giftkatastrophe von Seveso einzuleiten. Sie können auch kein Interesse an der Aufdeckung dieses Zusammenhangs haben. Denn ist Pasquale Mollica ein Opfer der Giftkatastrophe, dann ist klar, daß die italienischen Staatsbehörden und die ICMESA-Kapitalisten damals – als ihnen die Vertuschung der Katastrophe wichtiger war als die sofortige Evakuierung der Bevölkerung – bewußt das Leben der Werktätigen von Seveso aufs Spiel gesetzt haben.



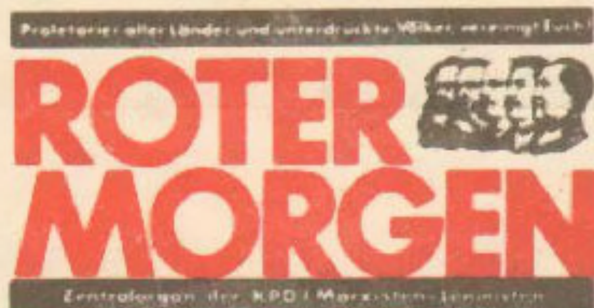
Diese Kinder aus der von Giftgas verseuchten Stadt Seveso erlitten Hautverbrennungen an den Beinen und im Gesicht.

Geschenkabonnement

Lieber Leser des ROTEN MORGEN,
wenn Sie jetzt überlegen, was Sie Ihren Verwandten, Freunden und Bekannten zu Weihnachten schenken könnten, vergessen Sie den ROTEN MORGEN nicht. Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie, wie in jedem Jahr, Geschenkabonnements bestellen können. Dieses Abonnement wird dem Empfänger 1 Jahr lang zugeschickt und kostet DM 30,00.
Bitte vergessen Sie bei Ihrer Bestellung nicht die genaue Adresse des Empfängers und Ihre Adresse anzugeben.
Bestellungen richten Sie bitte an:
Verlag G. Schneider, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30
Die Abonnementgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf das Postscheckkonto Dortmund 23600–465 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 zu überweisen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... **Datum:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.
LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.
51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungzeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.
28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.
41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.
43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.
6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.
23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431/7 47 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.
5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.
24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30, Sa. 9-14 Uhr.
44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.